

Der Textil-Arbeiter

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 8-9. Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. Die Zeitung erscheint jeden Freitag. Telegramm-Adresse: Textilarbeiter. Berlin. Verbandsgebäude sind an Otto Sehm, Berlin O 34, Memeler Straße 8-9 (Postcheckkonto Berlin Nr. 5386), zu richten



Bezugspreis, nur durch die Post, vierteljährlich 6 Mark. Anzeigenannahme: „Werba“, Gesellschaft für Anzeigen und Verlagswesen m. b. H., Berlin SW 11, Stresemannstraße 48. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile 90 Pf. Bei größeren Abschüssen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt. Tel.-Nr.: „Werba-Blätter“ Berlin

Nummer 36

Berlin, den 5. September 1930

42. Jahrgang

Interessenten- wirtschaft: Denkt am 14. September daran!

Neue Steuerungsstelle. — Billige Milch, teure Milch. — 225 Proz. Gewinnspanne bei den Kartoffeln. — Fleischverbrauch pro Kopf unter Vorkriegsstand zurückgeworfen. — Wohnungen stehen leer, weil sie zu teuer sind. — Die Regierung laboriert weiter. — 10 Arbeitgeberrimmen gelten mehr als 17 Stimmen der Arbeitnehmer und Verbraucher.

Die Regierung Brüning-Schiele ist lange genug am Ruder, daß man Bilanz machen kann. Diese Regierung hat sich dafür stark gemacht, die Preise zu senken. Mit dem Versprechen der Preisentlastung hat sie den Lohnabbau der Unternehmern sanktioniert. Die Preisentlastung ist Versprechung geblieben, obwohl die Rohstoffpreise auf den Weltmärkten weiter sinken und eine weitgehende Ermäßigung der Kleinhandelspreise ermöglichen. Selbst gegen den Markennachdruck ist die Regierung Brüning-Schiele passiv geblieben. Ihre Versprechungen, die Markennachdruck in Preis senken zu wollen, sind nichts anderes als Wahlmanöver und Theaterdonner. Der unkritische Mann aus dem Volke soll durch solche Machenschaften für die bürgerlichen Parteien eingefangen werden. Währenddessen geht der Wucher weiter. Wirtschaftspolitisch gesehen ist es geradezu tragisch, daß Deutschland in der Zeit stärkster Reduzierung der Rohstoffpreise eine weitere Ueberhöhung der Kleinhandelspreise und der Gewinnspannen erlebt. Wir befinden uns schon seit Monaten in einer neuen Steuerungsstelle. Der steigende Lebenshaltungsindeks ist ein, wenn auch nur schwacher Ausdruck dafür. Die neue Steuerungsstelle geht aber vorzugsweise auf die agrarpolitischen Maßnahmen der Regierung Brüning-Schiele zurück. Sie und die Passivität der Regierung gegenüber den Preisstellen, der Preisbildung der Trusts und den Preisverabredungen im Handel und Gewerbe sind die psychologische Ursache der neuen Steuerungsstelle.

Die Kartoffeln wurden im Januar 1930 in Berlin pro 100 Kilo mit 4,60 Mk. bezahlt. Bis zum Sommer sank dieser Preis auf 3,20 Mk. Der Kleinhandelspreis betrug pro 100 Kilo im Januar 10 Mk. Er sank im Frühjahr auf 9 Mk., erhöhte sich aber im Sommer auf 10 Mk. Trotzdem der Großhandelspreis wesentlich gesunken ist, erfolgte eine Erhöhung der Kleinhandelspreise. Diese Preisbildung ist durchaus ungerechtfertigt, da wir eine zufriedenstellende, wenn nicht eine sehr gute Kartoffelernte zu erwarten haben. Die Gewinnspanne, die im Januar etwa 117 Proz. betrug, steigerte sich bis in den Sommer bis auf 225 Proz. Das heißt mit anderen Worten: der Kleinhandel nimmt für seine Ware den dreifachen Erzeugerpreis. Er verdient an der Kartoffel den doppelten Erzeugerpreis. Während im vorigen Jahr die Gewinnspanne etwa um 115 Proz. lag, ist sie heute doppelt so hoch. Eine Rechtfertigung wirtschaftlicher Art fehlt vollständig.

Das ist Preisentlastung, wie sie die Regierung Brüning-Schiele auffaßt. Man mag sich an die Bekämpfung dieses schamlosen Wuchers nicht heran, weil die gegenwärtige Regierung politisch auf die Hilfe des Handels und anderer mittelständlicher Kreise angewiesen ist. Dem Volke wird aber das Hauptnahrungsmittel verteuert. So sehen die Regierungskreise der Brüning-Schiele und Konjunktur aus.

Ziel sind die Kleinhandelspreise zu senken, obwohl die Erzeugerpreise sich par-

Der Gewerkschafter und die 10057500

10 057 500, das ist die Zahl jener deutschen Staatsbürger, die bei der letzten Reichstagswahl am 20. Mai 1928 von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Es sei gleich vorweg gesagt, das ist eine gewaltige Ziffer, deren Höhe weder dem deutschen Volke noch dem demokratischen Gedanken Ehre macht. Die in der Ueberschrift angegebene Zahl der Nichtwähler stellt fast ein Viertel der gesamten deutschen Wählerschaft dar, die am 20. Mai 1928 rund 41,2 Millionen Menschen betrug. Noch ein anderer Vergleich rückt die Größe und die politische Bedeutung des Heeres der Nichtwähler in das rechte Licht. Deutschlands größte Partei, die Sozialdemokratische Partei, erhielt bei der letzten Reichstagswahl 9 150 500 Stimmen und zog mit 153 Abgeordneten in das Reichsparlament ein. Die Partei der Nichtwähler hätte auf ihre mehr als 10 Millionen Stimmen 168 Mandate erobern und so zur stärksten Fraktion des Reichstages werden können, da auf 20 000 Wählerstimmen ein Mandat entfällt. Das zur zahlenmäßigen Würdigung dieser traurigen Ziffer, nun zu ihrer auch für uns Gewerkschafter eminent wichtigsten politischen Bedeutung.

Wollen wir diese ermitteln, um dem Uebel kräftig zu Leibe gehen zu können, dann müssen wir erst einmal festzustellen versuchen, wer diese am wirtschaftlichen und politischen Geschick ihres Volkes so wenig interessierten Menschen eigentlich sein mögen. Für einen Teil, wie es scheint aber nur einen kleinen Teil, jenes Zehnmillionen-Heeres gelten berechtigte Entschuldigungsgründe. Als solche seien genannt, Krankheitsfälle, die das Verlassen des Krankettes auf das aller ernsthafteste verbieten und Aufenthalt

im Auslande. Für den sehr viel größeren Rest sind Entschuldigungsgründe nicht auffindbar. Denen, die es im Mai 1928 verläumt hatten, in die Wählerlisten Einblick zu tun, um sich zu überzeugen, ob sie ihr Wahlrecht an ihrem Wohnorte auszuüben berechtigt waren, sei der bringende Rat erteilt, diesmal auf der Hut zu sein. Gewerkschaftskollegen, fragt eure Mitarbeiter, besonders die, die erst kürzlich ihren Wohnort gewechselt haben, ob sie sich davon überzeugt haben, daß ihr Name in der Wählerliste steht. Sagt ihnen, daß es von ihrer Stimme abhängt, wieviel Arbeitslosenunterstützung und Krankengeld sie künftig bekommen, wieviel Steuern sie zahlen müssen, wie sich der Warenpreis gestalten wird und ob auch künftig die Regierung helfen wird die Löhne abzubauen oder nicht.

Den anderen, die ausgerechnet am Wahltage den unausschiebbaren Familienausflug machen, oder die gerade am 14. September ohne Wahltag und Lunte im Nachbarort besuchen wollen, sei gesagt, daß am 14. September überall gewählt wird und mit Hilfe des Wahlscheines auch jeder Deutsche überall wählen kann. Wer das unterläßt, den kommt der Ausflug oder der Familienbesuch teuer zu stehen. So teuer vielleicht, daß er künftig weder an einem Wahltage noch an einem anderen Tage überhaupt stattfinden kann. Beweist das denen, die das oder etwas Ähnliches vorhaben, mit den Argumenten, die im vorhergehenden Abschnitt angeführt sind.

Und nun zu jener hochinteressanten Gruppe deutscher Staatsbürger, die mit der Geschwindigkeit eines feuernden Maschinengewehres die Namen aller Parteien auf-

zählen, die sie seit der Revolution alle schon einmal gewählt haben und daran den weltbekannten Kommentar knüpfen, daß sich deshalb immer noch nichts geändert habe. Denen sagt, daß kein Wahllakt imstande ist, das schwierige Erdendasein mit plötzlichen Ruck in ein paradiesisches Freudental zu verwandeln. Sagt ihnen aber auch, daß der Stimmzettel schon viel geändert hat, worüber auch sie schon weidlich geschimpft haben. Sagt ihnen, daß die Millionen der Nichtwähler und die, die arbeiterfeindliche Parteien gewählt haben, Schuld daran sind, daß künftig für jeden Krankenschein 50 Pfennige und für jede Medizin auch 50 Pfennige, zusammen also eine Mark gezahlt werden muß. Schlußfolgert daraus weiter, daß, wenn jetzt wieder so gehandelt wird, bald auf Grund des Artikel 48 eine Verordnung herauskommen wird, wonach zwar hohe Krankentassenbeiträge gezahlt werden müssen, das Kranksein aber verboten wird.

Noch einige Worte über eine andere Ziffer. Bei der letzten Reichstagswahl sind 428 400 ungültige Stimmen abgegeben worden. Darauf wären 7 Mandate entfallen, die beispielsweise bei der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schon ausgereicht hätten, um die Straffsteuer für die uns eigenen Konsumvereine nicht zum Gesetz werden zu lassen. Leistet auch hier, wo ihr nur irgend könnt, Aufklärung und Hilfe. Sagt allen, daß man beim Wählen keine Angst zu haben braucht, daß die „schwierige Operation“ in wenigen Sekunden erledigt ist und hinter dem Verschlag jeder ungehindert sein Kreuz sich zimmern kann. Sagt allen, die sich unsicher fühlen — und das sind ja nicht wenige — daß das Kreuz nur in einen der vielen Ringe gemacht und nur ein Wahlzettel in den Umschlag gesteckt werden darf. Eins aber vergeßt bei all dem nie: Schärft es allen, aber auch allen ein, daß es vollkommen zwecklos ist, in der Zahl der Kreise auf dem Zettel lange zu wählen. Es soll direkt von oben begonnen und das Kreuz sofort in den obersten Kreis gemacht werden. Dann ist alles in Ordnung, technisch und auch politisch.

gefenkt haben. So kostete Milch je 100 Liter in Berlin 15,30 Mk. Der Preis ging im Sommer bis auf 14,70 Mk. zurück. Der Kleinhandelspreis aber steigerte sich von 27 auf 30 Mk. Nun ergibt sich folgende interessante Rechnung: Milch im Großhandel in Berlin war im Sommer 1930 um 1,60 Mk. billiger als im Sommer 1929. Der Kleinhandelspreis lag aber im Sommer 1930 um 2 Mk. höher als im Sommer 1929. Auch hier fehlt jede Erklärung. Auch hier liegt trasser Wucher vor. Das hat aber zur Folge, daß sich die Gewinnspanne, die Spanne zwischen den Großhandels- und den Kleinhandelspreisen, von 67 Proz. im Jahre 1929 auf 90 Proz. im Jahre 1930 steigerte.

Während alle Welt von Preisentlastung redet und die Löhne abgebaut werden, hat der Handel seine Gewinne bedeutend erhöht. Er nahm eine beispiellose Lohn-erhöhung vor. Den Arbeiterkindern fehlt aber die Milch, ihr wichtigstes Nahrungsmittel. Die Volksfeuchen, die Zerrüttung des Gesundheitszustandes des deutschen Volkes, nehmen aber in den Arbeiterquartieren überhand. Die blassen Gesichter unserer Arbeiterkinder sind eine furchtbare Anklage gegen diese Wirtschaftspolitik. Die Regierung Brüning-Schiele hat aber den Mut, mit der Phrase von der Preisentlastung Wahlagitation zu treiben. Die Stirnen dieser Leute möchten wir haben!

Gerade im Lager des Handels wird so viel über die Notwendigkeit eines Lohnabbaues geredet. Wo aber hat der Handel seinen Lohn abgebaut? Gewiß, den Preisen der Produktion folgend sind die Eierpreise vom Januar bis zum Sommer 1930 von 15 Mk. pro 100 Stück im Kleinhandel auf 11 Mk. ermäßigt worden. Diese Preisermäßigung folgt aber nicht den Preisreduzierungen im Großhandel. Die Gewinnspanne beim Ei betrug im Januar

15,4 Proz. Sie liegt gegenwärtig um etwa 16 Proz. Die Preisermäßigung wird hier zu einem guten Geschäft für den Handel.

Und so etwas verlangt Abbau der Arbeiterlöhne! Die Gewinnspanne für Rindfleisch betrug im Kleinhandel im Januar 13,4 Proz. Sie hat sich zum Sommer 1930 auf 20 Proz. erhöht.

Wir greifen keine einzelnen Beispiele heraus. Wir wählen nur Beispiele, die die allgemeine Entwicklung kennzeichnen. Die Preispanne für Vollmilch beträgt für den Sommer 1930 77 bis 80 Proz. gegen 60 bis 74 Proz. im vorigen Jahre, die für Butter 27 bis 28 Proz. gegen 18 bis 25 Proz., die für Kartoffel 200 Proz. und mehr gegenüber 88 bis 116 Proz., die für Schweinefleisch 19 bis 26 Proz. gegen 16 bis 20 Proz., die für Haferflocken 52 bis 70 Proz. gegen 45 bis 48 Proz. und die für Speisebohnen 90 bis 105 Proz. gegen 27 bis 50 Proz.

Das sind alle Nahrungsmittel, auf die die breiten Massen lebensnotwendig angewiesen sind. Man kann abschließend sagen: Unter der Herrschaft der Regierung Brüning-Schiele ist der Lebensbedarf der breiten Massen in unerhörtem Maße verteuert worden.

Immer, wenn eine derartige Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen eintritt, führt das zu einer Verschlechterung der Lebenshaltung. Die Qualität tritt gegenüber der Quantität zurück. Das verschärfte Arbeitstempo im Rahmen der Rationalisierung zwingt zur vermehrten Eiweißnahrung. Es muß mehr Fleisch und weniger Kartoffeln gegessen werden, um die durch das verstärkte Arbeitstempo schneller verbrauchten Energiereisern wieder aufzufüllen. In unserer Ernährungswirtschaft ist

deshalb auch zu beobachten, daß der Fleischverbrauch ganz kolossal abgenommen ist.

Der Fleischverbrauch betrug im ersten Halbjahr 1926 nur 19,519 Kilo; er stieg an im ersten Halbjahr 1927 auf 21,734 Kilo, im ersten Halbjahr 1928 auf 23,759 Kilo. Dann erfolgte eine Abflachung im ersten Halbjahr 1929 auf 23,481 Kilo und im ersten Halbjahr 1930 auf 22,577 Kilo. Der Fleischverbrauch verringerte sich also schon im Vorjahre, immer erstes Halbjahr, um 1,2 Proz.; im ersten Halbjahr 1930 trat ein geradezu bedenklicher Abstrich um 3,9 Proz. ein. Der Fleischverbrauch pro Kopf ist auf den Stand von 1927 zurückgeworfen worden. Berücksichtigt man den in der Nachkriegszeit veränderten Altersaufbau der Bevölkerung, dann ergibt sich, daß der Fleischkonsum im ersten Halbjahr 1930 um etwa 1,5 bis 2 Proz. unter dem Verbrauch in den Jahren 1911 bis 1913 lag. Trotzdem die andersgearteten Arbeitsmethoden eine Ernährung durch Fleisch zu einer unbedingten Notwendigkeit machen.

Das wird für die Volksgesundheit nicht ohne Folgen bleiben. Im selben Augenblicke droht man durch Krankenschein- und Arzneigebühren die Möglichkeit für die breite Bevölkerung, die Kunst des Arztes in Anspruch zu nehmen, die von uns genannten Zahlen über den Fleischverbrauch gewinnen auch ein ganz anderes Gesicht, wenn man überlegt, daß sich die besagten Klassen kaum Einschränkungen im Fleischgenuß auferlegt haben. Die Einschränkung geht zu Lasten der breiten Massen. Wenn man den Fleischverbrauch eines einzelnen Arbeiters feststellen wollte, so müßte sich in der Verringerung des Fleischkonsums eine höhere Prozentzahl erweisen als die nun der Statistik festgestellten.

Aber die Regierung herat fortwährend über Preisentlastung. Augenblicklich ist

wider der Reichswirtschaftsrat und unter- sucht, wie man die Preise für die Marken- artikel und die Baustoffe senken kann. Während der Revolutionszeit gab es ein satyrisches Gedicht, in dem folgende Verse standen: Wenn du nicht weiter kannst, mein Sohn, dann wähle eine Kommission! Die Regierung Brüning-Schiele hat im Reichswirtschaftsrat sofort zwei Kommissionen gewählt. Die eine hat es mit den Baustoffpreisen zu tun, die andere mit den Markenartikeln. So werden neue Generalquoten entziffelt. Bis man mit denen, so hofft wohl der Preisabbaufinanzler Brüning, fertig ist, wird man über den kritischen Termin des 14. September hinweg sein.

Nichts beweist besser, daß die ganze Preisentwertung Wahlmacht ist, als das Spiel im Reichswirtschaftsrat. Der Reichswirtschaftsrat hat sich bereits vor Wochen dafür ausgesprochen, daß es wirtschaftlich gerechtfertigt und notwendig ist, gegen den Wucher der Markenartikel- fabrikanten und Markenartikelfändler vorzugehen. Diesen Beschluß hat der Wirtschafts- politische Ausschuß im Reichswirtschaftsrat mit 17 Stimmen der Arbeitnehmer und der Verbraucher gefaßt. Das ist eine dicke Majorität. Gegen den Be- schluß stimmten aber 10 Arbeitgeber. Die Regierung hat diesen Beschluß bis jetzt nicht ausgeführt; sie läßt vielmehr in neuen Kommissionen beraten, was geradezu zur Tat drängt.

Ziehen wir die Bilanz in diesem beson- deren Falle und im allgemeinen: die 10 Arbeitgeberstimmen wiegen bei der Regierung Brüning-Schiele mehr als die 17 Stimmen der Ar- beitnehmer und der Verbraucher. Das auszuspochen und das zu wissen, ist für die Entscheidung am 14. September von unge- heurer Wichtigkeit.

Die Regierung Brüning-Schiele paradiert mit ihrem Arbeitsbeschaffungs- programm. 100 Millionen Mark sollen allein dem Baumarkt zugeführt werden, nachdem man allerdings dem Baumarkt über die großen Versicherungsanstalten etwa 200 Millionen Mark zugunsten des Reiches entzogen hat. Aber inmitten einer Wirt- schaftskrise, wie wir sie haben, würden auch 100 Millionen Mark dankbar angenommen werden. Aber die Regierung selbst weiß nicht, ob diese 100 Millionen Mark demnach zur Verfügung stehen. Bis zum Wahltag spricht man jedenfalls von diesen 100 Mil- lionen Mark, die den Baumarkt und die all- gemeine Wirtschaft anregen sollen. Ver- sprechungen, nichts als Ver- sprechungen. Viel Gehähe und wenig Balle.

Es scheint so, als ob dem Baumarkt durch die Regierung Brüning noch viel Schlimmeres blühen soll als das Ver- sprechen von 100 Millionen Mark für zu- lässigen Wohnungsbau, das sicher nicht ein- gehalten werden wird. Man will dem Bau- markt die Hauszinssteuer ent- ziehen, mit der es bis zum möglich war, überhaupt Wohnungen zu bauen. Als die Hauszinssteuer durch den gegenwärtigen Reichspräsidenten Dr. Luder, der da- mals Finanzminister des Reiches war, ein- geführt wurde, wurde sie nur angesichts der Vericherung geschickt, daß die Hälfte dieser Steuer für die Ausgaben des Staates und die andere Hälfte für den Woh- nungsbau verwendet werden sollte. Jetzt will die Regierung Brüning-Schiele die ganze Hauszinssteuer kassieren. Für den Woh- nungsbau soll nichts mehr gegeben werden.

Man schlägt sich da mit einer fürchter- lichen Katastrophe herum. Aus dem zurückliegenden Hauszinssteuer soll, ähn- lich wie bei der politischen Erwerbslosen- frage, ein Fonds gebildet werden. Mit diesem Fonds will man Auslandsanleihen für den Wohnungsbau heranziehen. In der Theorie ist das alles schön und gut. Aber die Praxis! Da steht die Geschichte wesentlich anders aus. Auf dem Fonds der produktiven Erwerbslosenfrage hat die Reichsregie- rung bis jetzt noch keinen Pfennig Auslandsgeid bekommen. Woher nimmt sie eigentlich die Kühnheit, auf einen Haus- zinssteuerfonds von 100 Millionen Mark für den Woh- nungsbau heranzuziehen? Wer die Kapitalmärkte der Welt nur oberflächlich kennt, wird uns überzeugen, daß ein solches Projekt das Schicksal vom Bankrott ist.

Die Auslandsgeidgeber wollen ja auch, was bei uns los ist. Wir können uns nicht helfen, daß es in einem Fall kritischen geben die Dringenden Anträge erledigen sollen, die die finanzielle Verfassung als reguläre Steuer verfahren und unproduktiv per- zentieren. Es drängt ganz heftig das, der Finanzbedarf von durch Steuern aufgebracht werden muß. Wird mit Auslandsanleihen gedeckt.

Die andere Seite dieser Kapitalmangel- nar wird, 100 gegen 1 gewertet, die Aus- landsanleihen nicht heranzubekommen. Der Bankrott wird weiter kassieren und eine große Wirtschaftskrise heranzu- führen. Zum Lebensunterhalt der Wohnungs- losen werden wir mit einer weiteren Ver-

Politische Wochenschau

Ein neues Finanzprogramm. — Unternehmer für Kommunisten. — Ein natio- nalistisches Programm der KPD. — Wechsel in der Reichswehrleitung. — Der Bombenlegerprozeß. — Ministerpräsident Pilsudski.

Die Regierung Brüning hat nach ihrer Wahlreform jetzt auch ein Finanz- programm fertiggestellt, das offenbar dazu bestimmt ist, die Aussichten der Re- gierungsparteien für den Wahlkampf zu ver- bessern. Im Haushalt für 1930 sollen 169 Millionen Mark, im nächstjährigen Haushalt soll ein weiterer namhafter Betrag eingespart werden. Leider hört man aber noch immer nichts darüber, wo eigentlich ge- spart werden soll. Die Reichswehr wird be- stimmt nicht allzu sehr darunter zu leiden haben, dafür um so mehr die soziale Ge- gebung. Der Anfang dazu ist ja bereits bei der Arbeitslosen- und bei der Krankenver-

finanziellen Kraft, die noch durch die Hilfs- stellung der freien Gewerkschaften gestützt, auch nicht endgültig erschüttert werden kann". Aber die Unternehmer haben doch noch eine Hoffnung. Die „Deutsche Allgemeine Zei- tung“ hat schon am 3. Februar dieses Jahres erklärt, daß die Kommunisten „für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion“ hätten. Sie müßten ver- hindern, daß die Sozialdemokratie über- mächtig werde. Und jetzt wiederholt das Unternehmerorgan:

„Notwendig ist daher vor allem zu verhindern, daß die Sozial- demokratie womöglich noch ge- stärkt zurückkehrt. Vielleicht die ausschlaggebende Rolle kommt dabei den Kommunisten zu, die, wie wir schon öfters zu betonen Gelegenheit hatten, dazu herufen sind, das Anwachsen der Sozialdemokratie zu ver- hindern und als Pfahl im Fleische dieser großen Partei zu wirken.“

Die kommunistische Partei wird somit als Schutztruppe des Besitzbürgertums und des Großkapitals empfohlen. Wer jetzt noch die kommunistische Liste wählt, der besorgt die Geschäfte der Unternehmer!

Wie sich aus vorstehendem ergibt, hat die kommunistische Partei sich bereits das Wohl- wollen der Unternehmer erworben. Jetzt buhlt sie auch um die Gunst der Haken- kreuzler. Das Zentralkomitee der Kom- munistischen Partei veröffentlichte eine „Programmerklärung zur natio- nalen und sozialen Befreiung des deut- schen Volkes“. Die sozialdemokratischen Führer werden als die freiwilligen Agenten des französischen und polnischen „Imperialis- mus“ beschimpft, die fortgesetzt „Hoch- und Landesverrat“ begangen hätten. Die Kom- munisten kämpften sowohl gegen den Young- Plan, als auch gegen den Versailler Raub- frieden, und sie würden, im Falle sie zur Macht kämen, alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären. Außerdem würden sie „denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äußern werden, die Möglich- keit des Anschlusses an Sowjetdeutschland sichern“. Lieber diesen Aufruf sind Haken- kreuzler und Deutschnationale ganz entzückt. Im „Nationalen Sozialist“, dem Organ jener Gruppe von Hakenkreuzlern, die sich kürzlich von Otto Hitler getrennt hat, wird festgestellt, daß sich die kommunistische Partei mit diesem Aufruf, „in die Front des deutschen Wider- standes und der Freiheitspolitik gestellt habe“. Und der „Deutsche Schnellbrief“, die Hugen- bergsche Zeitungskorrespondenz für die Pro- vinz, meint, „daß das Anschlagen solcher nationalen Lüne“ ein Beweis dafür sei, daß es auch in der deutschen Arbeiterchaft dümmere. Jetzt fehlt nur noch, daß Kom- munisten und Hakenkreuzler und Deutschnationale ein Bündnis zur Zerreißung der „Sklaventetten“ abschließen.

Generaloberst Heene, der Chef der Heeresleitung, hat bei einer Ansprache auf dem Truppenübungsplatz Munsterlager eine Presseremede bestritten, wonach er zum 1. November dieses Jahres seinen Ab- schied nehmen werde. Sein Nachfolger soll der General von Hammerstein werden, von dem bekannt ist, daß er vor einigen Jahren von einem Putzschiffen die Aufforderung erhalten hat, er solle sich für die kommende Diktatur bereithalten. Hammer- stein hat zwar behauptet, daß er diesen Brief in den Papierkorb geworfen habe, immerhin ist es merkwürdig, daß er nichts gegen diesen Putzschiffen unternahm. General Hammer- stein zählt zu den engeren Freunden des Oberleutnant Hindenburg, des Sohnes und Beraters des Reichspräsidenten, und des Generals Schleicher, der die einflussreichste Person im Reichswehr- ministerium ist. Wenn auch offiziös be- stritten wird, daß der Wechsel in der obersten Heeresleitung mit künftigen Diktaturplänen etwas zu tun habe, so steht doch außer Zweifel, daß man im Reichswehrministerium sich zum mindesten auf die dort erwarteten politischen Entwicklungen vorbereitet. Auf jeden Fall wird man diese Vorgänge mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen haben.

Generaloberst Heene, der Chef der Heeresleitung, hat bei einer Ansprache auf dem Truppenübungsplatz Munsterlager eine Presseremede bestritten, wonach er zum 1. November dieses Jahres seinen Ab- schied nehmen werde. Sein Nachfolger soll der General von Hammerstein werden, von dem bekannt ist, daß er vor einigen Jahren von einem Putzschiffen die Aufforderung erhalten hat, er solle sich für die kommende Diktatur bereithalten. Hammer- stein hat zwar behauptet, daß er diesen Brief in den Papierkorb geworfen habe, immerhin ist es merkwürdig, daß er nichts gegen diesen Putzschiffen unternahm. General Hammer- stein zählt zu den engeren Freunden des Oberleutnant Hindenburg, des Sohnes und Beraters des Reichspräsidenten, und des Generals Schleicher, der die einflussreichste Person im Reichswehr- ministerium ist. Wenn auch offiziös be- stritten wird, daß der Wechsel in der obersten Heeresleitung mit künftigen Diktaturplänen etwas zu tun habe, so steht doch außer Zweifel, daß man im Reichswehrministerium sich zum mindesten auf die dort erwarteten politischen Entwicklungen vorbereitet. Auf jeden Fall wird man diese Vorgänge mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen haben.

Vor dem Schwurgericht in Altona hat jetzt der große Prozeß gegen die holsteinischen Bombenleger be- gonnen. Angeklagt sind insgesamt 21 Per- sonen, allein die Staatsanwaltschaft hat etwa 70 Zeugen geladen, dazu dürfte noch eine größere Anzahl Zeugen kommen, die von der Verteidigung genannt sind. Man rechnet mit einer Prozeßdauer von etwa vier Wochen. Zuerst hatten die Angeklagten jede Aussage sowohl über die Sache wie über ihre Person



„Sofort leistest du öffentlich Ab- tritt und teilst den Beschaffungs- ressorts mit, daß Gehaltskürzungen und Entlassungen durchaus im Sinne des Arbeitsbeschaffungs- programm liegen.“

sicherung, sowie bei der Versorgung der Kriegsgenossen gemacht worden. Die Finan- zierung des Wohnungsbaus soll in anderer Weise als bisher erfolgen, was soviel heißt, daß man die Heberhebung von Mitteln an die Länder für diesen Zweck einschränken will. Am bedenklichsten ist die Ankündigung, daß der Reichshaushalt gegen unvorher- gesehene Beanspruchung durch die Arbeits- losenversicherung gesichert werden soll, ohne daß dadurch die „notwendigen“ Leistungen gefährdet werden. Was ist darunter zu ver- stehen? Soll die Arbeitslosenver- sicherung noch weiter verschlech- zert werden? Auf jeden Fall zeigt dieses Programm auch in seinen gewundenen Aus- führungen, was wir zu erwarten haben, wenn die Reichswahl zuunsten der bür- gerlichen Parteien ausfallen sollte.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Berliner Organ des Großkapitals, hat eine Betrachtung über den vorausicht- lichen Ausgang der Reichstags- wahl angeheißt. Das Blatt lehnt es zwar ab, zu prophezeien, wieviel die einzelnen Parteien gewinnen und verlieren würden. Aber man muß doch davon ausgehen, daß die Macht der Sozialdemokratie angesichts ihrer geschlossenen Organisation, angesichts der Diszipliniertheit ihrer Mitglieder und angesichts ihrer propagandistischen und

Knappung von Wohnungen zu rechnen haben. Die Mieten werden — legal oder illegal, das ist völlig gleichgültig und in beiden Fällen zu machen — weiter steigen. Denn privates Kapital, womit man zum Beispiel die Bauanleihen erledigen könnte, ist noch immer unerschwinglich teuer im Häuserbau.

Heute haben aber schon Tausende von Woh- nungen z. B. in Berlin kein, weil die Mieten zu teuer sind. Das hat niemand anderes als die Farn- und Bodenbau-Fragesteller, die ein Institut des Reichsarbeitsministeriums ist. Schon heute geht ein Viertel bis ein Drittel des Arbeiterlohns für die Miete drauf. Will man die Dinge bis zur Katastrophe weiterreiben lassen?

Die Regierung Brüning-Schiele will Tausende auf es aber nicht kommen. In unserer Wirtschaftspolitik muß ein anderer Kurs getrieben werden. Darum geht es am 14. September und darum hat der Gewerkschaftler am 14. September die Liste der Sozialdemokratie, die Seite 1 zu wählen!

Friedrich Dill

verweigert. Schließlich hat aber dann doch der Angeklagte Bolk dieses Schweigen durch- brochen. Er erklärte, daß er mehrere Jahre lang erst von den Deutschnationalen und dann vom Stahlhelm als Organisator beschäftigt worden war. Dann kam er zur Landvolk- bewegung, wo er für seine Tätigkeit monatlich 800 M. und ein Auto erhielt. Um die öffent- liche Aufmerksamkeit zu erregen, habe man „Knallpatente“ angefertigt. Das waren die Bomben, die später zur Explosion kamen und zum Teil schweren Schaden verursacht haben. Im ganzen gewinnt man von Bolk den Ein- druck eines konfusen Menschen, der mit großen Phrasen die ununterrichtete Landbevölkerung zu gewinnen suchte. Von demselben Schlage sind auch die anderen Agitatoren, die in der Landvolkbewegung eine Rolle gespielt haben. So gab der Angeklagte Bolk die Vor dem Untersuchungsrichter zu seiner Verteidigung an, daß er bei den Bauern als mutloser Feig- ling gegolten hätte, wenn er sich nicht an den Bombenattentaten beteiligt haben würde.

In Polen herrscht schon seit Jahren eine verhüllte Diktatur des Mar- schalls Pilsudski. Bisher hatte er sich mit dem Posten eines Kriegsministers be- gnügt, während nach außen hin seine engeren Freunde die Regierungsgeschäfte führen muß- ten. Jetzt hat er selbst die Ministerprä- sidentenschaft übernommen. Das Parla- ment ist ausgeschaltet, weil die Mehrheit von den Diktaturmethoden Pilsudskis nichts wissen will. Wie die Entwicklung in Polen weiter- gehen wird, ist noch ungewiß; möglicherweise versucht Pilsudski es mit Neuwahlen, wenn die ihm trotz Terror keine Mehrheit bringen sollten, so rechnet man mit der Aufrichtung einer offenen Militärdiktatur.

Das „Deutsche Wollengewerbe“ bringt laufend falsche Berichte über die Kämpfe in der deutschen Textilindustrie

In mehreren Textilfachblättern und auch in politischen Tageszeitungen schreibt über alles mögliche und unmögliche ein Herr Heinz Göhring, Bremerhagen. Das „Deutsche Wollengewerbe“, das Herrn Göhring auch zu seinen geschätzten Mitarbeitern zählt, veröffentlicht in Nr. 65 vom 13. August 1930 von ihm einen Aufsatz, der „die Streiks und Aussperrungsbewegungen in der Textil- industrie in den wichtigsten Industriestaaten im ersten Halbjahr des Jahres 1930“ be- handelt und dessen Tendenz offensichtlich darauf hinausläuft, die Tätigkeit der Ge- werkschaften herabzusetzen. Um diesen eblen Zweck zu erreichen legt G. offenbar falsche Zahlen ein und fällt auch letzten Endes das Gesamtergebnis der Kämpfe.

Wir würden uns mit Herrn Göhring nicht auseinandersetzen, wenn wir nicht bereits im August 1927 die Redaktion des „Deut- schen Wollengewerbes“ auf die falschen An- gaben, die Herr G. schon damals in einem Aufsatz, der das gleiche Thema behandelte, aufmerksam gemacht hätten. Wir schrieben damals dem „W.“ u. a.:

„So hat ein Streik in der Bielefelder Leinenindustrie während des 1. Halbjahres 1927 nicht stattgefunden, ebensowenig hat ein Streik in den Jutespinnereien von Bremen und Delmenhorst stattgefunden. Ferner ist unrichtig, daß die vereinbarten Ründigungsfristen von der Arbeitnehmer- seite nicht eingehalten worden sind. In allen Fällen, in denen Tarifverträge vorhanden waren, wurde die ordnungsmäßig festgelegte Ründigungsfrist auch ordnungsgemäß ein- gehalten. Eine Ausnahme hiervon machten diejenigen Betriebe, die auf Grund eines Sympathiestreiks für die Schwesterbetriebe in den Ausstand traten. Irreführend ist weiter die Beschreibung der Streikbewegung in der Leipziger Textilindustrie. Nicht in der Leipziger Textilindustrie fand ein Streik statt, sondern bei der Firma Tittel und Krüger, Leipzig, einem dem Norddeutschen Wollkonzern angeschlossenen Betriebe. Die anfänglich für diesen Streik erlassene ein- seitige Verfügung des Landgerichts wurde vom Oberlandesgericht Leipzig aufgehoben und der Streik als ein rechtlich berechtigter durch Urteil des Oberlandesgerichts in Leipzig anerkannt.“

Es ist ferner unrichtig, daß mehr als zwei Drittel der Arbeitskämpfe innerhalb der Textilindustrie verlorengegangen seien. Richtig ist vielmehr, daß alle im Jahre 1927 bis jetzt geführten Kämpfe von der Arbeiterchaft gewonnen wurden. Auch das Ziffernmateriale, soweit es für Deutschland unter Bezugnahme auf die am Streik be- teiligten Personen und die verlorenge- gangenen Arbeitstage angegeben, ist un- richtig. Dieses kann sich daraus ergeben, daß der Artikelstreiber einen Teil der Streiks überhaupt nicht erfaßt hat, denn auf- fallend erscheint es, wenn er nach seiner Meinung die Hauptstreiks in der deutschen

Gaukonferenz für den Freistaat Sachsen

Die nach dem Verbandsstatut alle drei Jahre abzuhaltende Gaukonferenz fand für den Gau Sachsen am 16. und 17. August 1930 im Volkshaus in Dresden statt.

Der Kollege Zwahr begrüßte die Delegierten sowie die Gäste der tschechoslowakischen Bruderorganisation, die Kollegen Kofcher, Zimmer, Böhm und Kromschölz, ferner den Reichstagsabgeordneten Kollegen Krähig.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung referierte der Kollege Köbel vom Hauptvorstand über „Die Textilindustrie in der Weltwirtschaft“.

„Die Textilindustrie, deren Arbeiterschaft in der öffentlichen Meinung meistens etwas sehr tiefmütterlich behandelt wird, spielt im Wirtschaftsleben Deutschlands und der Welt überhaupt eine besonders wichtige Rolle. Jeder Staat oder jedes Volk, ja, jedes Land, das in das kapitalistische Weltgetriebe hineingezogen wird, beginnt merkwürdigerweise zuerst damit, eine eigene Textilindustrie zu schaffen. Wir sehen dies augenscheinlich wieder in den Balkanländern, in den neu geschaffenen Ländern, Jugoslawien, Polen usw.“

Namentlich in den letzten Jahren haben sich Japan, China und Indien mehr und mehr kapitalistisch entwickelt. In diesen drei Ländern zeigt sich die gleiche Entwicklung, die zuerst mit der Textilindustrie beginnt. Vielleicht ebenfalls deshalb, weil die Kleidung das wesentlichste Merkmal der Menschheit ist. Es unterscheiden sich nicht nur die Bevölkerung in Schichten, es unterscheiden sich auch ganze Völkerstämme in der Kleidung.

Die Bevölkerung, die auch in den Kreisen der Arbeiterschaft verbreitet ist, daß durch die Zunahme der Textilindustrie in Japan, Indien und China große Gefahren für die europäische Textilindustrie entstehen könnten, ist grundlos. Das Gefährlichste der Konkurrenz wird nur von Seiten der Arbeitgeber an die Wand gemalt, um einen bestimmten Lohndruck auf die Arbeiterschaft auszuüben.

In China, Japan und Indien ist die Ausgabe pro Kopf der Bevölkerung für Textilien etwa der fünfte Teil dessen, was in Deutschland auf den Kopf kommt. Wenn nun etwa die Industrialisierung dieser drei Staaten mit der Hälfte der Menschheit (800 Millionen) eintreten würde, dann würde der Verbrauch an Textilien bei diesen Menschen in höherem Maße steigen, als sie herzustellen vermögen, und es ist damit zu rechnen, daß für uns ein weiteres Absatzgebiet dort entstehen wird, nicht aber die bestehenden verschliffen werden. Es würde ein Mehrverbrauch von etwa 40 Millionen Mark entstehen, das ist fünfmal soviel als die Textilproduktion von heute in Deutschland. In dieser Beziehung brauchen wir also keine Besorgnis zu haben.

Kollege Köbel hält die Herstellung von feinen Garnen für besonders wichtig. Leider haben sich die deutschen Baumwollspinner einer sträflichen Unterlassung schuldig gemacht, indem sie nicht dazu übergegangen sind, feine Garne herzustellen, um

sich von England unabhängig zu machen. Das „Geheimnis“ hat vor einigen Monaten ein großer Textilunternehmer in dem Ausspruch: „Warum denn keine Garne herstellen, wenn die groben höher durch Zölle geschützt sind“ gelüftet.

Die Nationalisierung sei nicht als Ursache der Krise anzusehen. In ihrer Auswirkung mag sie zur Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes mit beigetragen haben, aber nicht an der Krise an sich. Die regelmäßig wiederkehrenden Krisen sind einfach Zeichen der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Sie werden erst verschwinden, wenn die Ursache, die kapitalistische Produktionsweise, verschwindet. Die Unternehmer haben in diesen Zeiten kein anderes Bestreben, als die Herstellungskosten zu senken, dies kann aber nach Aufassung der Unternehmer nur beim Arbeitslohn erfolgen. Nach unserer Überzeugung könnten ja die Direktorengehälter gekürzt werden. Das will man aber nicht, und als bequemer Faktor gilt nun eben der Arbeitslohn.

Die Arbeiterschaft hat die Lehre daraus zu ziehen, sich zu organisieren und somit den Bestrebungen der Arbeitgeber den besten Widerstand zu leisten.“ (Beifall.)

Im 2. Punkt erstattete der Kollege Zwahr den Bericht der Gauleitung. Er betont, daß sich bei Erstattung des letzten Berichtes die deutsche, besonders die Textilindustrie unseres Gebiets in einer ausgesprochenen Hochkonjunktur befand, was zur Folge hatte, daß die Zahl der Beschäftigten eine erhebliche Zunahme aufzuweisen hatte. Ganze Branchen schritten zur Einführung von Doppelschichten, was noch zu keiner Zeit notwendig war. Gleichzeitig stieg der Bedarf an Facharbeitern, die aber zum Teil in andere Industrien abgewandert waren, wo bessere Verdienstmöglichkeiten bestanden. Den Sachstand war es klar, daß diese überaus starke Beschäftigung keine dauernde sein konnte, denn die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung war noch nicht so erstickt, um eine derartig in die Höhe getriebene Produktion aufnehmen zu können.

Wenn auch in der folgenden Zeit eine große Zahl Betriebe die Produktion eingestellt hat, so lag dies nicht an den angeblich zu hohen Löhnen, sondern an Ereignissen, die mit den Löhnen nicht in Verbindung gebracht werden können. Schon in der ersten Hälfte des Jahres 1928 zeigte sich in den Baumwollwebereien ein Abflauen der Konjunktur. Das gleiche kann auch von der Strumpfindustrie, der Webstoff- und Teppichindustrie gesagt werden. In der Birkerei und Strickerie sind 111 Groß- und Mittelbetriebe in Besorgnis gekommen. Stilllegungen erfolgten vom 1. November 1928 bis 31. Oktober 1929: 498. Man kann aber auf die Stilllegungen weniger Bedeutung legen, denn vielfach sind es Teilstilllegungen oder Stilllegungen, die den Zweck eines Lohnabbaus haben. Wir haben mit Erfolg in vielen Fällen durch Verhandlungen verhindert, daß der von den Unternehmern geplante Lohnabbau durchgeführt werden konnte. Der Erfolg war selbstverständlich in den

Textilindustrie in seinem Artikel erwähnt und dabei den größten Streit, den von Ostfachsen, gar nicht zitiert.“

Da das „W.“ es nicht für nötig gefunden hatte, die Angaben des Herrn G. richtigzustellen, so fühlen wir uns diesmal doch verpflichtet, uns mit dem Aufsatz des Herrn G. zu beschäftigen.

Wertwürdig ist, daß Herr Göhrling in dem neueren Aufsatz vom Jahre 1930 ebenfalls zwei Drittel der Kämpfe als für die Arbeiterschaft verloren zählt. Hier ist jedenfalls der Wunsch der Vater des Gedankens. Tatsächlich haben im ersten Halbjahr 1930 in der Textilindustrie 12 Streiks stattgefunden, von denen 8 mit 4034 Beteiligten mit vollem Erfolg beendet werden konnten, während nur vier Bewegungen mit 681 Beteiligten ohne Erfolg blieben. In dem oben angezogenen Aufsatz hat Herr G. in einer Zahlentabelle unter Ziffer 8 angegeben, daß in Deutschland im ersten Halbjahr 1930 12 370 am Streik beteiligte Personen vorhanden gewesen seien, daß die Zahl der verlorengegangenen Arbeitstage 257 910 betrage. Diese Zahlen stimmen nicht mit den Tatsachen überein. Bei dem Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, der alle Kämpfe zahlenmäßig erfaßt, haben in der genannten Zeit zwölf Bewegungen mit 4725 Beteiligten stattgefunden. Die verlorenen Arbeitstage werden mit 139 048 ausgewiesen. Die Differenz zwischen den Zahlen des Göhrlingschen Aufsatzes und unseren Feststellungen ist also ganz erheblich, so daß man zu der Annahme kommen muß, daß Herr G. entweder Arbeitskämpfe, die außerhalb der Textilindustrie liegen, mitgezählt hat, wenn man nicht noch schlimmeres anzunehmen gewagt ist, nämlich daß die Zahlen überhaupt aus der Luft gegriffen sind nur zu dem Zweck, um den Gewerkschaften ein auszuwichen. Herr G. weiß ferner noch von wilden Streiks in Baden und Schlesien zu berichten. Auch hier können wir nachweisen, daß diese wilden Streiks nur in der Phantasie des Herrn G. entsprungen sind.

Dem „Deutschen Volksgewerbe“ kann man zu seinem Berichtsstatter, Herrn Göhrling, wahrhaftig gratulieren.

Aus der Textilindustrie

Gesamte Textildividende

Die Rolle der Kunstseidenindustrie

Das Reichsstatistische Amt veröffentlichte eine Erhebung über die Geschäftsabläufe im letzten Vierteljahr 1929. Es handelt sich um jene Abchlüsse, die im Frühjahr und im Frühsommer 1930 publiziert wurden und die in der Lohnabbaupropaganda des Unternehmertums eine große Rolle spielen. Jede Dividendenreduzierung wurde in die Welt hinausposaunt. Mit jeder Dividendenreduzierung brachte man den „Beweis“, daß die Industriente durch die Wirtschaftskrise in Gefahr geraten sei.

Wir können heute die Bescherung überschauen. Die Erhebung des Reichsstatistischen Amtes, die mit 11,5 Milliarden Mark Kapital fast 50 Proz. des Kapitals der deutschen Aktiengesellschaften umfaßt, ergibt ein annähernd richtiges Bild über die Entwicklung der Industriente. Wir suchen vergeblich nach Momenten, die den Lohnabbau des Unternehmertums rechtfertigen könnten. Man hat uns so viel von Dividendenverkürzung erzählt. Die Statistik ergibt, daß die Zahl der Gesellschaften, die keine Dividende ausschütteten, nur von 16,2 Proz. im Jahre 1928 auf 15,9 Proz. gestiegen ist. Die Durchschnittsdividende für 50 Proz. des Kapitals der deutschen Aktiengesellschaften verringerte sich von 7,52 Proz. im Jahre 1928 auf 7,49 Proz. im Jahre 1929. Die Verringerung beträgt gerade 0,03 Proz. Läßt man die Banken und die Versicherungsgesellschaften, die mehr auf dem Gebiete des Geldverkehrs arbeiten, unberücksichtigt, so ergibt sich nur eine Dividendenverringerung von 0,01 Proz., nämlich von 7,15 Proz. auf 7,14 Proz. Selbst angesichts des hohen Zinsstandes in Deutschland ist das eine ganz auskömmliche Rente. Die zur Auszahlung der Dividende benötigte Summe hat sich auch von 754,3 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 766 Millionen Mark im Jahre 1929 erhöht. In unserer Aufstellung geben wir die Entwicklung in der Gesamtindustrie und in der Textilindustrie wieder:

	Durchschnittsdividende in Proz.		Dividendenzahlungen in Millionen Mark	
	1929	1928	1929	1928
Gesamte Industrie	7,49	7,52	766	754,3
Textilindustrie insgesamt	3,50	3,73	20,4	50,3
Spinnereien und Webereien	3,25	3,91	16,7	45,8

Der Fall der Textildividende kann nicht überraschen. In sich ist die Textildividende

äußerst konjunkturrempfindlich. In der Textilindustrie haben wir Dividendenchwankungen wie in keiner anderen Industrie. Die Dividendenstabilität hat sich hier bei weitem noch nicht so eingebürgert wie in anderen Wirtschaftszweigen. Trotzdem liefert die Krise keine genügende Erklärung für den Dividendensturz. Auch die Bilanzposten besagen dasselbe. Wir geben die wichtigsten in der folgenden Zusammenstellung wieder:

	Textilindustrie insgesamt		Spinnereien und Webereien	
	1929	1928	1929	1928
Zahl der Gesellschaften	153	155	118	120
Nominalkapital in Millionen	601,3	530,2	598,8	528,2
Anlagen in Millionen	429,9	378,4	415,7	386,9
Vorräte in Millionen	335	402,1	301,4	367,2
Flüssige Mittel in Millionen	478,9	484,4	432,9	436,7
Offene Reserven in Millionen	199,5	187	177,3	175,7
Langfristige Forderung in Millionen	41,7	39	38,2	26,5
Kurzfristige Forderung in Millionen	385,1	359	345	318,9

In der Aufstellung fällt die starke Zunahme von Anleihen auf. Sie ist ein Ausdruck der großen Umstellung, in der sich die Textilindustrie augenscheinlich befindet und die starken Kapitalbedarf bedingt. Die Bilanzposten sind aber nicht ungünstig beeinflusst worden. Mit der Kapitalaufnahme geht Hand in Hand eine Steigerung der Eigenmittel. Neben einer Erhöhung des Aktienkapitals geht eine Steigerung der Anlagenwerte und eine normale Vergrößerung der offenen Reserven. Die Vorräte dürften angesichts der Unsicherheit auf den Rohstoffmärkten sehr vorsichtig tagiert sein, so daß sie stärkere stille Reserven enthalten. Auf jeden Fall rechtfertigt die Entwicklung der nicht stn Bilanzposten den Dividendenabsturz nicht. Er erklärt sich aus reinen durch Vorgänge auf besonderen Gebieten

Betrieben größer, wo die Belegschaft gut organisiert war. In vielen Fällen wurden wochenlange Kämpfe um die Erhaltung der Löhne geführt. Es gibt immer noch einzelne Arbeitgeber, die sich noch nicht einmal mit dem Tarifvertrag abfinden wollen, so daß unsere Rechtsabteilung gezwungen war, im Jahre 1929 187 Klagen durchzuführen. Die Arbeiterinnen- und Jugendbewegung ist von der Gauleitung in den letzten Jahren unausgesezt gefördert worden, und fast alle Forderungen können größere Fortschritte verzeichnen. Vor allen Dingen wurde viel zur Heranbildung der weiblichen Funktionäre getan. Die Gauleitung hatte Wochenendkurse abgehalten, die außerordentliche Befriedigung bei den Arbeiterinnen auslösten. Auch in den Bezirken, wo die Arbeitgeber der Jugend keine Freiheit geben wollten, haben wir es durchgesetzt, daß den Jugendlichen jetzt tariflich festgelegte Ferien gewährt werden. Das vom Hauptvorstand in Stuttgart veranstaltete Reichsjugendtreffen wird unseren jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen Ansporn sein, sich mehr mit den Organisationsfragen zu beschäftigen. Der Einfluß der organisierten Textilarbeiter in den Betrieben ist stärker geworden. Das beweisen die Betriebsrätewahlen. Im Jahre 1927 hatten wir 5334 freigewerkschaftliche Arbeiterräte, im Jahre 1929 8551.

Die rege Aussprache über die Ausführungen des Kollegen Zwahr war von kameradschaftlichem Geiste getragen.

Die nunmehr vorgenommene Wahl der Delegierten für den Gewerkschaftskongreß und den Internationalen Textilarbeiter-Kongreß ergab 97 000 Stimmen für die vorgeschlagenen Kollegen. Die Opposition erhielt 1300 Stimmen. Folgende Entschlieung wurde von 161 Delegierten im ersten Teil einstimmig, im zweiten Teil gegen die zwei Stimmen Opposition angenommen:

Entschlieung:

Die am 16. und 17. August 1930 tagende Gaukonferenz des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Gau Freistaat Sachsen, erhebt schärfsten Protest gegen die Verschlechterungen der Sozialversicherung durch die Regierung Brünning unter Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung.

Die Konferenzteilnehmer richten an die Textilarbeitergesellschaft Sachsen den Appell, am 14. September ihre Stimme der Sozialdemokratischen Partei zu geben, damit die Verschlechterungen in der Sozialversicherung wieder beseitigt werden können.

Zum Schluß fordert Kollege Zwahr alle Angestellten und Funktionäre auf, sich im Wahlkampf in den Dienst der Sozialdemokratischen Partei zu stellen. Die Gewerkschaften erblicken in der SPD ihre Vertreterin im Reichstag.

Nach diesem Appell stellt Kollege Zwahr fest, daß die Konferenz erneut die Einstimmigkeit unseres Verbandes bewiesen habe. Er betont, daß wir gerade jetzt einig Mann an Mann, in aller Kameradschaft und Solidarität zusammenstehen müssen, dann werde die Organisation auch diese schwere Krisenzeit überwinden.

Die Ausführungen des Kollegen Zwahr wurden mit lebhaftem Beifall ausgenommen, indem die Delegierten gelobten, in diesem Sinne tätig zu sein.

der Textilindustrie. Hier muß man auf die Vorfälle in der Kunstseidenindustrie, und zwar auf die Bereinigten Glasstofffabriken zurückgreifen. 1928 wiesen die Bereinigten Glasstofffabriken noch einen Gewinn von 14 Millionen Mark aus. Für 1929 schlossen sie mit einem Verlust von 59 Millionen Mark ab. Das hat die Durchschnittsdividende in der Textilindustrie ganz empfindlich beeinflusst, wodurch sich die Ausnahmestellung der Textildividende erklärt. Rückchlüsse auf die finanzielle Entwicklung der Textilindustrie läßt die Durchschnittsdividende nicht zu.

Textilflanzen

Der Aufsichtsrat der Dresdner Gardinen- und Spitzenmanufakturen A. G., Dresden, beschloß, in der auf den 12. September einberufenen Hauptversammlung die Verteilung einer Dividende von 7 Proz. auf die Vorzugsaktien und auf die Stammaktien 6 Proz. vorzuschlagen.

Die Stuttgarter Tricotweberei A. G., Stuttgart, hat im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Gewinn von 50 113 RM. ausgewiesen. Nach Abzug von Aufwandverpflichtungen von 49 047 RM. blieb noch ein Gewinn von 1066 RM.

Gesteigerte Wirkwarenausfuhr im ersten Halbjahr 1930

Die Wirkwarenausfuhr hat sich im ersten Halbjahr 1930 von 68 421,7 Doppelzentner auf 70 285,65 Doppelzentner, also um rund 264 Doppelzentner, gesteigert. Wörtlich ist die dazugehörige Summe von 189 008 000 RM. auf 163 544 000 RM., also um rund 25 464 000 RM. zurückgegangen. Der Preisrückgang ist zum Teil wohl in den sinkenden Rohstoffpreisen und zum anderen auch in der allgemeinen Wirtschaftslage zu suchen, die eine Preisunterstützung notwendig machte. Davi dürfte aber die Wirkwarenpreise immer noch eine günstige Verzinsung des Betriebskapitals abwerfen.

An der Ausfuhrsteigerung profitierten hauptsächlich Handtücher aus Seide 234 Doppelzentner, Strümpfe und Socken aus Kunstseide 981 Doppelzentner, Strümpfe aus Wolle 301 Doppelzentner, Tricotwaren ganz oder teilweise aus Seide

392 Doppelzentner, Tricot- und Reststoffe aus Wolle 91 Doppelzentner, Strickerzeugnisse etwa 1392 Doppelzentner, baumwollene Wirkwaren etwa 1349 Doppelzentner. Soweit sich jetzt schon nach dem vorliegenden Auftragsbestande übersehen läßt, dürfte auch im zweiten Halbjahr 1930 die Gesamtmengeausfuhr höher sein als im Jahre 1929.

Pharisäer

Die Wahlen stehen vor der Tür. Die Unternehmer jagen an und zeigen auch den Arbeitern hier und da einmal ein freundliches Gesicht. Schließlich kann man auch mit dem freundlichen Gesicht für die Wahl bestimmter Kandidaten werden. Aber auch Zeitungen, die sonst nur die Interessen des Unternehmertums vertreten, und die immer gegen die Forderungen der Arbeiterschaft scharf Stellung nehmen, markieren ebenfalls Arbeiterfreundlichkeit, um Stimmenfang zu treiben. Natürlich wendet man sich dabei an diejenigen Kreise von Arbeitern, die sich immer am leichtesten beirren lassen. Dazu gehören in erster Linie die Hauswörter. Seit Wochen schreiben verschiedene bürgerliche Zeitungen von der Not der Handwerker in Oberfranken. Ein Herr Generaldirektor Uron, Lunderode-Riedelau, schreibt in der „L.A.“ die Verhältnisse der Handwerker in der Wirtschaft Ost in Schlesien. Ein anderer schreibt in der „L.A.“ über die bayerische „Dunst“. Man erinnert sich einmal in diesen Kreisen an Dinst, die schon längst öffentlich bekannt waren, und können sie als eine funktionslose Rede in der Welt hinaus.

Die Note der Handwerker in den verschiedenen Gegenden Deutschlands zu besprechen, haben sich natürlich die bürgerlichen Zeitungen bisher wohlwollend gelassen. Aber zum Wahlkampf, was macht man nicht alles, wenn es möglich ist, auf diese Weise den bürgerlichen Parteien etwa 200 000 Stimmen zu gewinnen. Nur darum handelt es sich. Wenn diese bürgerlichen Zeitungen den armen Handwerkern tatsächlich helfen wollen, dann hätten sie schon längst ein gutes Wort gesagt. Die Zeitungen, die sich mit Dinst und gestern, sondern sie ist seit Jahrzehnten bekannt.

Berichte aus Fachkreisen

Dieringhausen

Der Deutsche Textilarbeiter-Berband, Ortsgruppe Dieringhausen, feierte Ende Juli im Lokal Sonner-Brück sein Sommerfest. Die Veranstaltung war sehr gut besucht, und man ist auch in jeder Hinsicht auf seine Kosten gekommen. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden E. Schumacher nahm der Gauleiter Kollege Pöhlmann das Wort zu einer Ansprache. Eine ernste Mahnung an die Unorganisierten, sich der Organisation anzuschließen, indem wir nur dann eine Macht bilden, die dem Gegner Achtung abzwängt. Zum Schluß streifte Pöhlmann noch die Ursachen der Reichstagsauflösung und forderte die Anwesenden auf, am 14. September den Gegnern der Sozialpolitik die richtige Antwort zu geben.

durch die Wahl von Sozialdemokraten. — Ein Sumarist sorgte für die nötige Stimmung. Eine kleine Vertagung fand statt, und das Langweilige wurde bis in die frühen Morgenstunden geschwungen.

Eschwege

Die Ortsgruppe Eschwege hielt am 26. Juli im Andreas-Felsenkeller eine schön verlaufene Halbjahresversammlung ab. Kollege Pöhlmann erstattete zunächst einen Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung. Er zeichnete dabei ein Bild von den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen und der Entwicklung der hiesigen Textilindustrie. Er forderte die Kolleginnen und Kollegen auf, sich mehr als bisher an der Gewerkschaftsarbeit zu beteiligen. Der Kassierer, Kollege Gerlach, erstattete den Kassenbericht, aus welchem zu ersehen war, daß sich trotz der schlechten Arbeitsverhältnisse die Beitragsleistung der Eschweger Textilarbeiter erheb-

lich gebessert hat. In der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Hartung, Engel und Müncher. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Zur Gaukonferenz in Kassel wurden die Kollegen Pöhlmann, Brähler und Herold delegiert. Auf Vorschlag des Vorstandes soll am 11. Oktober in der Festhalle des Stadiparks die 25jährige Gründungsfeier der Ortsgruppe festlich begangen werden. Zur bevorstehenden Reichstagswahl machte unter Vorsitz des Kollegen Müncher recht ausdrucksvolle Ausführungen, die darin ausmündeten, am 14. September der Sozialdemokratischen Partei die Stimme zu geben.

Im Anschluß an die Versammlung fand noch ein gemütliches Zusammensein statt. Hoffentlich werden auch in Zukunft die Versammlungen so gut besucht wie diese, welche ein Beweis dafür ist, daß auch die Eschweger Textilarbeiter den Wert ihrer Organisation erkannt haben.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 7. Sept., ist der Beitrag für die 36. Woche fällig
Verlorenes Mitgliedsbuch
Unsere Ortsverwaltung Sommerfeld teilt uns mit, daß das Mitgliedsbuch Nr. 615 559, lautend auf den Namen Baleska Appelt, geb. 16. Dezember 1896 in Sommerfeld, eingetretten in den Deutschen Textilarbeiter-Berband am 5. Oktober 1913 in Sommerfeld, verlorengegangen ist.

Das Mitgliedsbuch wird hierdurch für ungültig erklärt. Sollte es irgendwo auftauchen, dann bitten wir, es an die Ortsverwaltung Sommerfeld, Kollegen Kurt Schön, Stadtgraben 24, zu senden. D. S.

Berlag: Karl Schraber in Berlin, Memeler Str. 89. — Verantwortl. Redakteur: Hugo Dreffel in Berlin. — Alle die Anzeigen verantwortlich: Paul Lange, Berlin SW 11. — Druck: Vorwärts Buchverlag u. Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.

Grüßen!

Sofort nach Verlassen der Cigarettenmaschinen werden die Cigaretten von unseren gewissenhaften OVA-MÄDCHEN sorgfältig geprüft.



Jede Cigarette muß drei solcher Prüfstellen durchlaufen. Dadurch wird die bestmögliche Sicherheit dafür geschaffen, daß nur gleichmäßig gute Erzeugnisse an den Raucher gelangen.

REEMTSMA CIGARETTEN

OVA

Araber-Format 5 PE



LINDCAR *jetzt auch Nähmaschinen!*
LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT
BERLIN-LICHTENRADE
Unternehmen der freien Gewerkschaften
Lindcar-Fahrräder und Lindcar-Nähmaschinen
gegen kleinste Wochenraten, durch das Werk und
die Fahrrad- und Nähmaschinen-Ortsausschüsse des A. D. G. B.

Gelesene Nummern des

„Textil-Arbeiter“

wirft man nicht fort, sondern gibt sie

Unorganisierten!



Die Chöre des deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes nur auf

homocord

Die zwei schönsten Arbeiter-Chorpläne
4-2288: Hesper zum Licht 4-2249: Wälder zur Sonne
in all. abschlag. Geschäftsbüro erhält. Bezugsquellen-Nachweis durch
Kometen-Company G.m.b.H., Berlin SW 68

Werklug ist, kauft bei Uhren-Klose!

Reklamapreis! Nur 4,00 Mark
Wacht (kostenlos) nur 0,60 M. mehr
Garantie für jede Uhr
Katalog gratis
Von 4 Uhren vorr. jährlich ca. 10000 St.
Werklug ist, kauft bei Uhren-Klose!
Unsere Leser
Uhren-Klose, Berlin 29 (36), Zossener Str. 8.

Beachten Sie bitte unsere ANZEIGEN

Extraktreiche Likörsektoren zum Selbstbereiten von Likören. 1 Dtz. für 12 Liter ausreicht. M. 4.90 Laborat. E. Walther Halle-Trotha 97

Gummiwaren Hygien. Artikel Preis 1,1 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68. Alte Jakobstr. 8

Wacholderbeersaft seit alterher anerkannt als Bluteinreinigungsmittel liefert 2,5 kg-Dosen oder 12 Fl. M. a. — franko Laboratorium E. Walther, Halle-Trotha

Selbe Raucherjähne. Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimonatigem Gebrauch blühend weiße Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Rauchen braun und verschöndert wurden. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als „Hornost“ B. Soth Berg. — Chlorodont: Zahnpaste 60 St. und 1 St. Zahnbürsten, Zahnbürste 1 St. bei jeder Quantität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Die Frau in Staat und Wirtschaft

Der Reichstag ist aufgelöst! Am 14. September findet die Neuwahl des Reichstages statt! So steht es in allen Zeitungen sowie in den zur Verbreitung kommenden Wahlflugblättern und schreit es von den Werbeplakaten der politischen Parteien, mit der Aufforderung an die Wähler, den Stimmentel nur für ihre Liste abzugeben. Viele lesen es und lassen den festen Vorsatz, den an sie ergehenden Mahnruf nicht unbedachtet zu lassen. Sie wissen, daß es wieder einmal gilt und es bei der zu treffenden Entscheidung auf jede Stimme ankommt, ob eine dem Volke freundliche, von sozialem Geiste erfüllte oder ihm feindliche, lediglich die Besitzinteressen vertretende reaktionäre Reichstagsmehrheit den Sieg davon trägt.

Andererseits gehen an diesen Aufrufen zur Wahl achlos oder achselzuckend vorüber. Sie können die mit jeder Reichstagswahl verbundene Aufregung nicht verstehen. Was soll das alles? Ihnen ist es gleichgültig, welche Partei obsiegt, denn schließlich bleibt nach Ansicht dieser Gleichgültigen ja doch alles wie es war. Die Bestätigung hierfür finden sie darin, daß sie es ja auch schon mit dem Wählen probierten: einmal rot, das andere Mal schwarz, wieder ein anderes Mal national, ohne daß sich auch nur das Geringste änderte. Deshalb sort mit der Politik! Laßt die Parteien schreiben, so viel sie wollen. Es ist ja doch nur Schwindel.

Von denen, die tatsächlich so denken, gibt es nicht wenige. Bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1928 haben sich von rund 40 Millionen Wählern nur etwa 75 Proz. an der Stimmabgabe beteiligt. Über 10 Millionen Wähler, darunter sehr viele proletarische Frauen, haben sich abseits gestellt und sind trotz aller an sie ergehenden Aufforderungen zur Wahlbeteiligung, ohne von ihrem wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte Gebrauch zu machen, dahingeblich. Nehmlich war es auch bei früheren Wahlen. Der Reichstag wurde zwar auch so gewählt, aber es gab eine Zusammenlegung, die dem Willen der Arbeiterbewegung in den Kreisen des Arbeitervolkes entsprach. Immer kamen bei diesen Wahlen bürgerliche Mehrheiten zustande, blieb die Sozialdemokratie als Partei des arbeitenden Volkes in der Minderheit und hatte sie es ungeheuer schwer, dessen Wünsche und Bedürfnisse auch nur einigermaßen zur Anerkennung zu bringen.

Was wäre demgegenüber möglich gewesen, wenn diese Massen der Nichtwähler, vor allem die proletarischen Frauen, in Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Rechte sich an der Wahl beteiligen und der Sozialdemokratie zur Mehrheit verholfen hätten! Statt dessen haben sie kläglich verlasst und einen Reichstag zustande kommen lassen, der zu jeder fruchtbringenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Arbeit unfähig war. Sie haben der Brüning-Regierung zum Leben verholfen, die das arbeitende Volk in ungedeukter Weise belastete, die sozialen Errungenschaften der Arbeiter verschlechterte, und von der deshalb selbst ein Zentrumskoalitionspartner sagen mußte, daß sie die reaktionärste Regierung der Nachkriegszeit sei! So ist es in der Tat! Denn das, was diese Regierung in der kurzen Zeit seit ihrem Entstehen und gegen die Abwehrbestrebungen der Sozialdemokratie zum Schaden des arbeitenden Volkes zugunsten des Großkapitals und des Oligarchentums leistete, steht einzig da.

Zwar ist es nicht die Schuld der nicht wählenden Frauen allein, daß eine derartige Entwicklung vor sich gehen konnte. Mitbeteiligt an dieser Schuld ist auch ein großer Teil der wählenden Frauen, die in Verkennung des volksfeindlichen Charakters der bürgerlichen Parteien diese bei der Wahl durch ihre Stimmen unterstützten. Das geht mit aller Deutlichkeit aus den Abstimmungsergebnissen in den Orten hervor, wo über die Beteiligung von Frauen an den Wahlen besondere Erhebungen angestellt wurden. Diese ergeben, daß von den auf die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen an Frauenstimmen durchschnittlich entfielen:

Zentrum	61,9 Proz.
Deutschnationale	59,5 "
Deutsche Volkspartei	53,9 "
Demokratische Partei	51,2 "
Sozialdemokratie	46,8 "
Kommunisten	40,7 "

Hieraus zeigt sich also, daß die bürgerlichen, und zwar gerade die reaktionärsten Parteien, eine wesentlich stärkere Unterstützung der Frauen fanden als die Sozialdemokratie. Das ist um so auffällender, als die Frauen doch allein der Sozialdemokratie ihre politische Gleichberechtigung mit dem Manne zu danken haben, die das Frauen-

wahlrecht trotz der von allen bürgerlichen Parteien entgegengestellten Hindernisse durchsetzten. Ohne die Sozialdemokratie würden die Frauen noch heute politisch rechtlos sein.

Was das bedeutet, darüber sind sich leider nur zu viele Frauen nicht im klaren. Sie beachten nicht, einen wie wichtigen Faktor sie in Staat und Wirtschaft darstellen. Nach der letzten Volks- und Berufszählung von 1925 wurden bei einer Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches von 62,5 Millionen 30,1 Millionen männliche und 32,3 Millionen weibliche Personen festgestellt. Auf den weiblichen Bevölkerungsteil entfielen 11,4 Millionen erwerbstätige Frauen, darunter Arbeiterinnen 3,5, Angestellte und Beamten 1,4 und Hausangestellte 1,3 Millionen. Verheiratet waren 12,7, verwitwet 2,8 Millionen Frauen. Die Frau spielt also im Staats- und Wirtschaftsleben sowohl ihrer Zahl als auch ihrer Tätigkeit nach eine außerordentlich bedeutsame Rolle.

Als Staatsbürgerin ist sie dem Manne an Zahl wesentlich überlegen. Sie kann daher, wenn sie will, das Staats- und politische Leben maßgebend beeinflussen. Hierzu hat sie alle Veranlassung; ist sie doch in ihrer bürgerlich-rechtlichen Stellung trotz der bestehenden politischen Gleichberechtigung noch immer dem Manne weitgehend untergeordnet, unfrei und von ihm abhängig. In der Wirtschaft tritt zwar die Frau nicht in gleicher Stärke hervor. Gleichwohl nimmt

sie auch hier eine bedeutsame Stellung ein, sind doch in einer ganzen Reihe von Industrien die Frauen sehr stark vertreten. In einigen, wie zum Beispiel der Textilindustrie, Bekleidungsindustrie, im Buchbindergewerbe, Graphischen Gewerbe usw., übersteigt sogar die Zahl der beschäftigten Frauen die der männlichen Arbeiter. Auf Grund dieser erwerbstätigen Stellung, in die infolge der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung immer mehr Frauen hineingezogen werden, hat die Frau an der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, des Arbeits- und Tarifrechts, der Ausgestaltung des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung das gleiche, ja sogar noch ein höheres Interesse für sie nicht nur als Arbeiterin und Angestellte, sondern auch als Hausfrau und Mutter ihrer Kinder, in Betracht.

Hinzu kommt die Stellung der Frau im Haushalt, durch deren Hände der Verdienst des Mannes geht, um die täglichen Bedürfnisse der Familie zu befriedigen. Nicht weniger als 80 Proz. aller Käufe werden durch Frauen ausgeführt. Sie ist die Sachwalterin der Familie, von deren Verständnis, Sparsamkeit und Umsicht zum erheblichen Teil deren Glück und Bestand abhängig ist. Wie sie das bei dem oft schmalen Verdienst des Mannes fertig bringt, darnach wird in den seltensten Fällen gefragt. In nur zu vielen Fällen wird damit der Frau eine Aufgabe gestellt, die sie nur schwer erfüllen kann. Niedriges Lohnentkommen des Mannes, übersteigerte Preise des unentbehrlichen Lebensbedarfes usw. machen oft alle Rechenkunststücke der Frau zu schanden. Hier tritt der Frau auf Schritt und Tritt die Widerständigkeit unserer heutigen kapitalisti-

schen Gesellschaftsordnung entgegen. Sie sieht die lockenden Auslagen in den Schaufenstern der Geschäfte, sieht die Ueberfülle von Waren, von denen ein auch so kleiner Teil genügen würde, ihre Lieben und sie selbst mit allem Notwendigen zu versorgen, kann aber nichts kaufen, weil der Verdienst des Mannes es nicht zuläßt. Auf der Frau lastet die Steigerung der Preise, die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit des Mannes, Krankheit in der Familie, mit besonderer Härte. So schwer wird oft diese Last, daß sie fast darunter zusammenbricht.

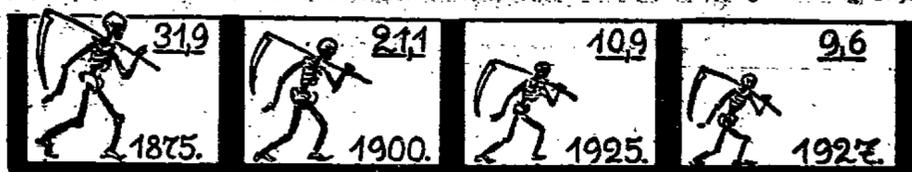
Und dennoch darf sie den Mut nicht verlieren, denn es muß nicht so sein und bleiben! Gleich dem Manne kann auch die Frau daran mitarbeiten, daß es anders und besser werde. Das kann aber nur geschehen, wenn die Frau als Lebensgefährtin des Mannes mit ihm nicht nur Freude und Leid teilt, sondern auch mit ihm um ein besseres Dasein kämpft. Auch die letzte Frau muß als Arbeiterin, Ehegattin des Mannes und Mutter ihrer Kinder begreifen lernen, daß sie diesen widrigen Verhältnissen nicht machtlos gegenübersteht. Daß sie vielmehr infolge ihrer politischen Rechte imstande ist, mit an ihrer Beseitigung zu arbeiten. Das kann sie als Arbeiterin durch den Beitritt zu ihrer Gewerkschaft, als Frau und Mutter bei den politischen Wahlen durch die Abgabe ihres Stimmzettels für die Sozialdemokratie tun. Nur wenn die Frauen sich ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht bewußt sind, sie Seite an Seite mit ihren männlichen Arbeitskollegen und Lebensgefährten politisch und wirtschaftlich für eine bessere Zukunft kämpfen, wird auch das Los der arbeitenden Menschheit ein besseres werden!

Mattulat.

Gesundheit in Zahlen

Von Dr. med. Georg Wolff, Abteilungsdirektor im Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin.

Die Statistik ist in der Medizinalverwaltung, was die Bilanzführung in einer Bank oder einem sonstigen Wirtschaftsunternehmen ist. Nur daß die medizinische Statistik als ein Teil der Bevölkerungsstatistik (Statistik der Eheschließungen, Geburten und Sterbe-



fälle, der Berufszugehörigkeit u. dgl.) sich mit dem Menschen und dem, was an ihm im Verlaufe seines normalen oder anormalen Lebensablaufes zu zählen ist, beschäftigt. Die Ursachen der Erkrankungen und Sterbefälle, die Einflüsse, die Alter, Beruf und wirtschaftliche Verhältnisse auf den Tod im allgemeinen, auf bestimmte Todesursachen im speziellen ausüben, Größe und Gewicht der Schulkinder in verschiedenen Volksschichten, unter verschiedenen Ernährungsbedingungen

(nach dem vorübergehenden Anstieg in den Kriegs- und Inflationsjahren), also bis zum Jahre 1925, weiter auf 10,9 gesunken ist und auch in den nächsten Jahren noch weiter zurückging; so betrug 1926 die Tuberkulosesterblichkeit 10,0 und 1927 nur 9,6 auf 10 000 Lebende in Kreußen. Dieser Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit ist gewiß ein erfreuliches Zeichen zunehmender hygienischer Kultur, der Fortschritten der Hygiene und Gesundheitsfürsorge ebenso zu danken wie der durchschnittlichen Besserung der wirtschaftlich-kulturellen Verhältnisse der breiten Massen; trotz der Wohnungsnot hat sich ihre Lebenshaltung in allen modernen Industriestaaten ständig gehoben. Gerade davon bzw. von der Gesamtheit der sozialen Verhältnisse ist der Verlauf der Tuberkulose abhängig. Das hat besonders die Statistik der Tuberkulosesterblichkeit innerhalb der Großstädte bewiesen. Das ist auch der Grund, warum in den Vorjahren des Krieges die Tuberkulosesterblichkeit so plötzlich angestiegen ist, auch warum in den Industriestaaten die Tuberkulosesterblichkeit durchschnittlich niedriger als in den vielfach kulturell rückständigen Agrarstaaten ist.



(Kriegs-, Nachkriegszeit) sind solche Merkmale, deren Auszählung und feinere Berechnung dem medizinischen Statistiker obliegt, um nur einige Beispiele zu nennen. Man kann vielleicht darüber streiten, was im Staats- und Gesellschaftsleben für eine statistische, d. h. zahlenmäßig exakte Erfassung wichtiger ist (Statistik leidet sich ursprünglich von dem lateinischen Wort status = Staat ab); der Mensch und die Bevölkerung als Träger jeder Wirtschaft oder des Wirtschaftsprодукts, die Ware, selbst. Niemals aber kann ein Zweifel darüber sein, daß die Grundlage einer jeden Staatswirtschaft zahlenmäßige Rechnungslegung sein muß, sei es auf dem Gebiet der Wirtschafts- oder Gesundheitspolitik.

Noch ein Beispiel aus jüngerer Zeit: Die Krebssterbefälle nehmen zu; man liest es in allen Zeitungen. So betrug die Zahl der Todesfälle an Krebs und anderen bösartigen Neubildungen in Berlin (Alt-Berlin) 1910 2510, hingegen 1925 3134 und 1928 3608. Da der Krebs vorwiegend eine Todesursache der älteren Jahrgänge ist (im Gegensatz zur Tuberkulose), wird man sich nicht wundern können, daß zwar die absoluten Zahlen ansteigen, ohne daß aber deshalb das Ausmaß der Krebssterblichkeit zugenommen hat.

Niemand, der die Statistik und ihre Fehlerquellen kennt, wird behaupten, daß sich damit alles beweisen lasse. Nur wer ihre Methoden nicht beherrscht oder böswillig falsch mit ihnen operiert, wird sich allzu leicht mit diesem billigen Eingeständnis begnügen.

(Aus „Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des bescheidenen Volkes.)

Die Gefahren des Obstgenusses

Von Dr. Leo Bonnin.

Im letzten Jahrzehnt hat sich der Obstgenuß in allen Bevölkerungsschichten bedeutend gesteigert, nachdem man in Ärzten und Gaietenkreisen den großen Wert dieses Nahrungsmittels erkannt hat. Jedoch neben großen Vorzügen birgt das weisse Obst auch erhebliche Gefahren in sich. Man soll bei diesem gleichmäßig größere Flüssigkeitsmengen zu sich nehmen, weil durch das Quellen der in den Obstschalen enthaltenen Zellulose heftige Magen- und Darmkoliken entstehen können.

Ein anderes Gefahrenmoment ist dieses. Das Obst geht besonders in der Großstadt durch sehr viele Hände, bevor es zum Konsumenten gelangt. Daher haften seiner Oberfläche vielerlei Bakterien an, die in der warmen Jahreszeit, der Zeit des Hauptobstverbrauchs, besonders reich wuchern. Außerdem ist im Sommer der Darmkanal für bakterielle Störungen am empfindlichsten. Versuche an einem hygienischen Institut über den Keimgehalt des Obstes zeigten nun ganz erstaunliche Ergebnisse:

Auf der Oberfläche einer kleinen Johannisbeere fand man 15 000 Bakterien, einer Kiwi 10 000, einer Pflaume sogar 34 000. Auf etwas angefaultem Obst das Vielfache dieser Zahlen. Wenn die gefundenen Keime auch größtenteils unschädlicher Natur waren, wurden mitunter doch recht gefährliche Darmkrankheitserreger angetroffen. Man muß sich also immer vor Augen halten, daß man sich auch so gefährliche Krankheiten wie Typhus durch ungewaschenes Obst zuziehen kann.

Die Untersuchungen ergaben aber andererseits auch die erfreuliche Tatsache, daß schon nach einmaliger Wäsche mit Wasser die meisten Keime von der Oberfläche abgespült waren.

Wir sollen also rohes Obst, namentlich im Sommer, niemals essen, ohne es vorher mit Wasser abgewaschen zu haben. Bei Äpfeln und Birnen ist es am sichersten und saubersten, die Früchte zu schälen.

Sauberkeit und die kleine Rube des Waschens legen die Gefahren des Obstgenusses auf ein geringes herab, so daß wir unserem Organismus die gesundheitlichen Vorteile der Früchte ohne Bedenken zukommen lassen können.

(Aus „Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des bescheidenen Volkes.)

Goldstücke lieben — feien wir gerecht! — nicht minder sich als ihre Nachbarn krieglich. Zum Schacht verdammt, ein gleiches Schicksal hart. Des Sklaven, der da gräbt, und dessen, der da karrt. John Ruskin.

Die christlichen Gewerkschaften im Wahlkampf

„Das Jahr 1929 ist gekennzeichnet durch starke Arbeitslosigkeit. Zwar kann man aus der Arbeitslosigkeit nicht ohne weiteres auf den Grad der Ergiebigkeit der Wirtschaft schließen. Jedoch muß das Berichtsjahr als ein Jahr fortschreitender wirtschaftlicher Depression bezeichnet werden. Es nimmt bei solchen Verhältnissen kaum wunder, wenn manche Bestrebungen, mit dem angeblichen Ziel der wirtschaftlichen Gesundung, die unerkennbare Tendenz zeigten, dieses auf Kosten des Lebensstandards der arbeitenden Schichten zu erzielen...“

Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften diesen Bestrebungen nachdrücklich entgegenzutreten. Eine wirtschaftliche Gesundung ist mit längerer Arbeitszeit und niedrigeren Löhnen nicht zu erreichen. Die Kapitalbildung darf sich nicht auf Kosten der breiten Masse, sondern muß sich stärker als bisher durch diese vollziehen. Niedrige Löhne lähmen den Konsum und auch die Sparmöglichkeiten ein, ermöglichen auch keine Kapitalbildung bei den Sparfüßigen usw... Jedoch muß sich die Arbeitnehmererschaft dagegen wehren, daß sie als Hauptträger der Lasten (aus dem Young-Plan) in Betracht kommen soll. Es gilt vielmehr, in unserem Bestreben die Willen wach zu halten, auf die Dauer zu einer anderen, gerechteren und wirtschaftlich tragbaren Regelung zu kommen. Am Interesse der Allgemeinheit, des sozialen Friedens und nicht zuletzt auch vom Standpunkt der Wirtschaft selbst ist es notwendig, die Gesundungsmaßnahmen unter einem anderen Gesichtswinkel zu betrachten... Der im Jahre 1929 mit großer Schärfe geführte Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung erklärt sich — wenigstens zum Teil — aus den vorhin genannten Bestrebungen, durch Einschränkungen der Sozialausgaben und durch verstärkten Druck der Arbeitslosen auf das Lohnniveau zu der für notwendig gehaltenen Kapitalbildung im Betriebe zu kommen... Nach Lage der Dinge ist die Arbeitslosigkeit zu einer der Fragen geworden, die für das Leben unseres heutigen Volkes am schwersten ins Gewicht fallen. Wenn auch hier und da Mißstände in der Arbeitslosenversicherung nicht zu leugnen sind, die allgemeine — sowohl die materielle wie die seelische — Not der Arbeitslosen ist so groß, daß angesichts dieser Tatsache kein Kampf die breiten Volksmassen feindselig hat wie der unsoziale Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung... Das sind geistige, sind erhabene Worte — Worte ganz nach unserem Herzen. Wir finden sie in der Einleitung zu dem „Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1930“, das der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften (siehe hier) erscheinen lassen. Ihre Schärfe bereitet uns ein ungehöriges Vergnügen, in dem wir aber leider gestört werden durch andere, höchst aktuelle Zeugnisse aus dem gleichen Lager. Die Wahlkampagne ist in vollem Gange und auch die christlichen Gewerkschaften lassen im Kampfe gegen die Meinungen ihre Stimme erheben. In diesem Ringen um große Entscheidungen, als das die Wahlkampagne sich darstellt, gerät es jedoch nicht, allgemeine Bemerkungen gemeinschaftlicher Jugendkassen abzugeben, sondern nun gilt es, einzeln und bestmöglich Stellung zu nehmen zu den von der Demokratie ringenden Strömungen und Willensrichtungen in der Politik und zu den aktuellen Problemen des nationalen Lebens. Das ist auch die christlichen Gewerkschaften. Sie veröffentlichen zunächst in ihrem „Jahrbuch“ (Nr. 15 vom 1. August) einen Aufsatz zur Arbeitslosigkeit und außerdem bespricht das Jahrbuch die politischen Geschehnisse und die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Die Stimmen, die wir aus dem „Jahrbuch“ der christlichen Gewerkschaften vernahmen, klingen jedoch sehr bestimmt, wenn wir sie vergleichen mit dem „Jahrbuch“ zur Erklärung in ihrem „Jahrbuch“. Das selbige Jahrbuch charakterisiert die Arbeitslosigkeit als „eine der größten Bedrohungen der menschlichen Existenz“. Das ist ein sehr gewichtiges Wort. Die Gewerkschaften werden nicht über die Arbeitslosigkeit hinwegsehen können.

mußte, hat der Reichspräsident... das ihm notwendig erscheinende durch eine Notverordnung... zur Geltung gebracht.“

Was tat „die deutsche Volksvertretung in ihrer Mehrheit“, was tat namentlich die Sozialdemokratie? Sie brachte die nach dem Artikel 48 verkündeten „Notverordnungen“ der Regierung Brüning zu Fall. Das heißt: Die Sozialdemokratie verwarf eine Steuerpolitik, die das Ziel hat, die Arbeitnehmererschaft als Hauptträger der Lasten aus dem



„Wir machen jedes Programm mit, wenn es sich nur gegen SPD, und Gewerkschaften richtet.“

Young-Plan in Betracht kommen zu lassen (siehe das Jahrbuch); sie lehnte sich auf gegen den „unsozialen Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung“, der den Zweck verfolgt,

den Druck der Arbeitslosen auf das Lohnniveau zu verstärken (siehe wieder das Jahrbuch); sie erklärte sich gegen eine Wirtschaftspolitik, die das „angebliche Ziel der wirtschaftlichen Gesundung... auf Kosten des Lebensstandards der arbeitenden Schichten zu erzielen“ trachtet (siehe zum dritten Male das Jahrbuch); sie lehnte jene Politik des Lohnabbaues und alle anderen Bestrebungen zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ab, denen die Gewerkschaften — nämlich die christlichen, nach dem Zeugnis ihres Jahrbuches — „selbstverständlich“ nachdrücklich entgegenzutreten.

Alles das tat die Sozialdemokratie durch ihren gesamten Kampf gegen die Regierung Brüning, der in der Verwerfung der Notverordnungen gipfelte. Sie vertrat Punkt für Punkt die Grundlage, welche die christlichen Gewerkschaften in ihrem Jahrbuch als ihre eigenen verkünden, und nun erfährt sie von den christlichen Gewerkschaften den Vorwurf, es sei ausgerechnet und vor allem ihre Schuld, daß „eine Mehrheit der Volksvertretung sich den Erfordernissen der Stunde verweigerte“ und nicht das in dieser großen Stunde der Regierung Brüning „erforderliche Verantwortungsgesühl aufbrachte“. Den Erfordernissen der Stunde hätte es also — das ist die Konsequenz dieser zeitgenössischen Geschichtsschreibung der christlichen Gewerkschaften, sofern in dieser Konfusion von Konsequenz die Rede sein kann — entsprochen, wenn die Sozialdemokratie die gesamte arbeitnehmerfeindliche Sozial-, Lohn-, Wirtschaft- und Steuerpolitik der Regierung unterstützt und ihre Durchführung mittels Verfassungsbruchs gebilligt, wenn sie mit der Regierung Brüning grob gegen alle jene Grundzüge gehandelt hätte, zu denen sich die christlichen Gewerkschaften in ihrem Jahrbuch bekennen. Und nur gegen die Sozialdemokratie richten die christlichen Gewerkschaften ihre politischen Angriffe. Kein offenes Wort der Kritik gegen irgendeine bürgerliche Partei findet sich in ihren Wahlpublikationen. Das alles bedeutet, daß sich diese Gewerkschaften in allen wesentlichen Punkten mit der Politik der Regierung Brüning identifizieren und sich einordnen in die Kampftruppe der bürgerlichen Parteien gegen die Arbeitnehmererschaft.

Der Leistungsabbau in der Krankenversicherung

Die bekannte „Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände“, die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen ist, bringt auch einschneidende Änderungen in der Krankenversicherung. Diese Änderungen betreffen die Organisation der Kassen, die Beiträge usw. Vor allem haben sie jedoch einen ganz beträchtlichen Leistungsabbau zur Folge. Obgleich all diese Dinge für die Versicherten von der größten Wichtigkeit sind, sei heute nur einmal darauf eingegangen, welche Änderungen in bezug auf die Beitragsgewährung eingetreten sind. Es muß noch erwähnt werden, daß alle diese Veränderungen zwingender Natur sind und aus diesem Grunde auch von förmlichen Krankenkassen durchgesetzt werden müssen.

In der Öffentlichkeit bereits bekannt ist die Tatsache, daß jeder Versicherungschein 50 Pf. kostet. Die Zahlung der Kasse kann diese Gebühr in den niedrigen Beitragsklassen auch auf 25 Pf. ermäßigen, muß sie aber dann in den höheren Klassen auf 75 Pf. erhöhen. Der Reichspräsidentenrat hat am 2. August Durchführungsbestimmungen in der Notverordnung erlassen. In diesen heißt es über die Krankenkassengebühr: „Die Versicherten über die Krankenkassengebühr befreit keine Vorauszahlung für die Gewährung der Krankenhilfe. Sie enthalten nur eine Vorleistung, mit welcher der Anspruch auf Krankenhilfe erlöschen ist; damit ist z. B. die nachträgliche Entrechnung der Krankenkassengebühr verbunden, insbesondere in dringenden Fällen.“ Diese Krankenkassengebühr ist auch in der Familienhilfe zu enthalten. Die zweite einschneidende Verschlechterung besteht darin, daß der Versicherte zu jeder Versicherungsprüfung zahlen muß. In der Reichspräsidentenrat-Verordnung (Nr. 15 vom 1. August) steht es: „Die Krankenkassengebühr ist zu zahlen, wenn der Versicherte den vollen Betrag bezahlt. Über diese Zahlung kann der Reichspräsidentenrat Näheres bestimmen, er kann auch Ausnahmen treffen.“ Sehr wichtig ist nun, daß beide Vorschriften (Krankenkassengebühr und Versicherungsprüfung) nur das Gebiet der Krankenhilfe betreffen. Während diese beiden Verschlechterungen durch Befreiungen in der Tagesrente bereits bekannt sind, hat die Verordnung noch eine ganze Reihe weiterer Einschränkungen geschaffen, die noch nicht in dem nötigen Maße in der Öffentlichkeit bekannt sind.

längig waren, darf jetzt Krankengeld grundsätzlich erst vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit an gewährt werden. Sehr dehnbar ist folgende Bestimmung: „Die Krankengeld muß ausreichend und zweckmäßig sein; sie darf jedoch das Maß des Notwendigen nicht überschreiten.“ Freigelassen ist hier eine Feststellung, was nun eigentlich „notwendig“ ist. Eine weitere Verschlechterung ist durch folgende Vorschrift geschaffen worden: „Endet die Arbeitsunfähigkeit an einem Sonntag oder einem staatlich allgemein anerkannten Feiertag, so wird dieser Tag für das Krankengeld nicht mitgezählt.“ Es wird also in diesen Fällen für den letzten Tag der Arbeitsunfähigkeit Krankengeld nicht gezahlt. Die Höhe des Krankengeldes ist außerdem herabgesetzt. Nach dem heutigen Recht war es den Kassen freigestellt, durch ihre Satzung ein höheres Krankengeld als den gesetzlichen Mindestbetrag festzusetzen. Dieses Recht ist jetzt stark beschränkt. Das Krankengeld beträgt allgemein 50 Proz. des Grundlohnes. Zuschläge zu demselben sind nur mehr wegen des Familienstandes oder bei längerer Dauer der Arbeitsunfähigkeit zulässig. Der Gesamtbeitrag des Krankengeldes einschließlich etwaiger Zuschläge darf drei Viertel des Grundlohnes nicht übersteigen. In den bereits erwähnten Durchführungsbestimmungen heißt es: „Die neuen Vorschriften treffen nicht die Versicherungsfälle, die vor ihrer Geltung eingetreten sind. Sie erfüllen aber alle Versicherungsfälle, die sich unter ihrer Herrschaft ereignen. In der Ueberanzahl wird es vorzuziehen sein, daß das tatsächlich gezahlte Krankengeld über das Maß der neuen Vorschriften hinausgeht. Bei der Rückforderung ungerechtfertigter Leistungen darf von den Krankenkassen das soziale Verhältnis erwartet werden, das die Einwirkung des Uebergangs vom alten Recht zum neuen erfordert.“ Geändert werden zum neuen erfordern die Bestimmungen über die Gewährung von Hausgeld. Auch hier sind Verschlechterungen eingetreten und die Möglichkeiten der Einwirkung von Rechtskräften eingeschränkt. Sehr wichtig wird weiter folgende Vorschrift sein: „Der Anspruch auf Kranken- und Hausgeld ruht, wenn und soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält. Für solche Versicherten hat die Satzung entweder die Beiträge ermäßigt zu setzen oder das Krankengeld nach Begehr des Arbeitentgelts auf 50 Proz. des Grundlohnes zu erhöhen. Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kranken- oder Hausgeld gelten auch

dann nicht als Arbeitsentgelt, wenn sie auf einer Verpflichtung beruhen.“ Neu geregelt ist auch die sogenannte Familienhilfe, die bislang eine freiwillige Mehrleistung der Kassen war. Sie ist jetzt in der Form zur Regel oder Pflichtleistung geworden, daß die Ehegatten und Kinder der Versicherten, die innerhalb der letzten sechs Monate mindestens drei Monate auf Grund eines Reichsgesetzes gegen Krankheit versichert waren, Anspruch auf Krankenpflege für die Dauer von 13 Wochen haben. Voraussetzung ist jedoch, daß sich die Angehörigen im Inland aufhalten und nicht anderweit einen gesetzlichen Anspruch auf Krankenpflege haben. Eine Einschränkung besteht insofern, als die Kosten für Arznei, Heilmittel usw. nur zur Hälfte von der Kasse übernommen werden. Da, wie bereits erwähnt, diese Familienhilfe zur Pflichtleistung erhoben wurde, gelten für sie alle in Frage kommenden Bestimmungen des Gesetzes über Regelleistungen. Die Kasse kann die Familienhilfe erweitern und zwar kann sie auf die Dauer von 26 Wochen ausgedehnt und auch auf andere Angehörige erstreckt werden. Die Satzung kann weiter bestimmen, daß bis zu 70 Proz. der Kosten der Arznei und kleineren Heilmittel erstattet werden und daß für Heilmittel, Stärkungsmittel und größere Heilmittel ein Zuschuß bewilligt wird. Außerdem kann beim Tode des Ehegatten oder eines Kindes ein Sterbegeld zugebilligt werden.

Neben diesen hauptsächlichsten Bestimmungen über die neuen Leistungspflichten gibt es auch noch eine Reihe kleinerer, auf die hier nicht sämtlich eingegangen werden kann. Wichtig ist, daß die Verordnung mit dem 28. Juli 1930 in Kraft tritt. Spätestens bis zum 25. August müssen die Kassen die neuen Vorschriften durchgeführt haben. Innerhalb drei Monaten nach dem Tage des Inkrafttretens haben die Kassen die Beitragsfestsetzung neu zu regeln. Die Kassen sollen also — und das ist der Zweck der ganzen Verordnung — ihren Beitragssatz ermäßigen. Daß dies auf Kosten der Versicherten geschieht, zeigen die oben gemachten Ausführungen. K-5.

Ueberstundenunfug und Arbeitslosigkeit

Die Grimmitzauer Tuchfabrikanten haben kein Interesse an der Verminderung der Arbeitslosigkeit. Das beweisen folgende Tatsachen. Der Geschäftsgang in der Grimmitzauer Tuchindustrie ist gut. Von den im Amtsgerichtsbezirk Grimmitzau gegenwärtig produzierenden 28 Tuchfabriken arbeiten 22 Betriebe mit einer Wochenarbeitszeit von 51 Stunden. In diesen 22 Tuchfabriken befinden sich 206 Webstühle, die leer stehen, die jedoch jederzeit in Betrieb gesetzt werden könnten, während in denselben Betrieben 1516 Weber und Weberinnen je drei Ueberstunden oder insgesamt 4548 Ueberstunden pro Woche leisten. Bei Durchführung der regelmäßigen Arbeitszeit von 48 Stunden könnten die 206 leer stehenden Webstühle besetzt und 94 Weber und Weberinnen eingestellt werden. In Grimmitzau sind zur Zeit 104 männliche und 35 weibliche Weber arbeitslos. Die Arbeitslosenziffer der hiesigen Weber und Weberinnen könnte sofort bis auf ein Viertel des bisherigen Bestandes gesenkt werden. In ähnlicher Weise wäre auch eine Verminderung der Arbeitslosenziffer bei den übrigen Tuchindustrien möglich, wenn der Standpunkt vertreten würde, daß nur in besonders dringenden Fällen von der Ueberstundenleistung Gebrauch gemacht wird. Da jedoch ein soziales Verständnis von Seiten der Arbeitgeber in der Frage der Arbeitszeit nicht zu erwarten ist, so appellieren wir an die Arbeitererschaft, in allen derartigen Fällen die Leistung der Ueberstunden abzulehnen. Nach den Bestimmungen des Arbeitszeitabkommens ist der Arbeitgeber verpflichtet, den Bedarf von Ueberstunden nachzuweisen. Ein Bedarf hierzu liegt nicht vor, wenn die Möglichkeit besteht, durch Einstellung von Arbeitslosen in der betreffenden Berufsgruppe mit einer 48stündigen Arbeitswoche auszukommen. Soweit unser Berichtsteller. Daß allein der Antrieb der kapitalistischen Produktion im Profitinteresse liegt, ist eine Binsenwahrheit, die auch ein noch so schön zurechtgestrichenes sozialistisches Mäntelchen nicht verdecken kann. Die Tatsachen sprechen eben hier eine zu offene Sprache. Die vorliegenden Fälle kann man sehr wohl als überall gültig betrachten. Das höhere Profitinteresse erschlägt eben jedes Verantwortungsgesühl in sozialer Hinsicht. Es ist ganz natürlich, daß durch die Nichtleistung von 94 Webern Aufwendungen für Antriebskraft, für Abnutzung der Maschinen, Stuhlmeister, Licht und Sozialbeiträge für die erhöhte Arbeiterzahl eingepart werden. Der Lohnzuschlag für Ueberstunden fällt dadurch gar nicht ins Gewicht. Diese Aufstockung der Arbeitslosigkeit hindert die Unternehmer aber nicht im geringsten, gegen die Arbeitslosenversicherung aus sogenanntem Staatsinteresse anzukämpfen. Leider ist den Schlichtungsbehörden der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie durch ihre wirtschaftlich unhaltbaren Schiedsprüche in der Arbeitszeitfrage diesem Ueberstundenunfug Tür und Tor geöffnet haben.



Jugendleiterkonferenz im Gau Stuttgart

Am 9. August fand in Stuttgart in Verbindung mit der Arbeiterinnenkonferenz eine Zusammenkunft der Jugendleiter unseres Verbandes statt.

Auf der Tagesordnung standen zwei Referate über die Eigenart der männlichen und weiblichen Jugend von Dr. Franziska Lampert-Stuttgart und die Verbandsjugend im Gau Stuttgart und ihre nächsten Aufgaben von Kollegin Elise Niemiera vom Jugendsekretariat unseres Verbandes.

Das Mädel ist für die Gruppe schlechter zu gewinnen, da es weniger auf Gemeinschaft eingestellt ist. Es hängt viel härter an Traditionen und ist auch aus rein äußerlichen Schwierigkeiten (Haushalt) mehr gebunden.

In der Aussprache zeigte es sich, daß auch die Jugendleiter ihre Räte haben. Dr. Lampert konnte dabei noch manche wertvolle Fingerzeige geben.

Hat dieser großartige Vortrag gezeigt, wie die Jugendgruppe dem Jugendlichen in seinen Nöten eine Hilfe sein kann, so hat der Vortrag der Kollegin Niemiera Richtlinien gegeben, wie durch die Gruppen für die Arbeiterklasse gute Kämpfer gebildet werden können und gebildet werden müssen.

Durch den Reichsjugendtag ist in die Gruppen wieder ein frischerer Zug hineingekommen. Dies ist aus der Berichterstattung an die Jugendzentrale zu ersehen.

Im Gau Stuttgart sind etwa 16000 Jugendliche vom 14. bis 20. Lebensjahre in der Textilindustrie. Dem entspricht die in den Gruppen erfasste Zahl von Jugendlichen keinesfalls. Es ist deshalb dringende Notwendigkeit, durch rege Agitation dieses Verhältnis zu verbessern.

Von der Jugendleiterlehre ist eine Entscheidung einstimmig angenommen worden, in der die Ortsgruppen des Verbandes aufgefordert werden mehr als bisher sich zu bemühen, den Jugendlichen an der Organisationsarbeit zu intensivieren.

Wir haben nun alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um auch den letzten Jugendlichen in unsere Reihen zu bekommen. Nun muß es möglich sein, immer mehr den Menschen, anstatt den Selbst zum Mittelpunkt der Gesellschaft zu machen.

Zum Jugendleiterlehrgang des ADGB in der Bundesschule Bernau

Es wird so oft bestritten, daß die Arbeiterbewegung eine Kulturbewegung sei. Allen Zweiflern und Ungläubigen sei daher empfohlen, die Bundesschule des ADGB in Bernau zu besichtigen; sie werden überwältigt sein von dem starken Ausdruck des Kulturwillens, und zwar des Willens zu einer eigenen Kultur, der in dieser Schule Leben gewonnen hat.



Jugendgruppe Bielefeld

lassen, in der 'Wochenschau' zum Beispiel, damit man sieht, welche Lebenskraft im Kulturwillen der Arbeiterbewegung steckt. Gerade, daß sich dieser Wille im Bau einer Schule äußert, ist das Symbolische für die wahre Stoßkraft der Arbeiterbewegung.

schönsten Erinnerungen ihres Lebens zählen werden.

Der Lehrplan bot in seiner sorgfältigen und liebevollen Auswahl des Stoffes ein gut abgerundetes Ganze. Führt uns Kollege Raack in das umfassende Aufgabengebiet der Gewerkschaften in der Jugendbewegung und ihre Aufgaben in der Erweiterung des Jugendschutzes ein, so gab Genosse Raab vom Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände einen Ueberblick über Entstehung, Wachstum und den gegenwärtigen Stand der Jugendverbände aller Richtungen.

Wir haben nun alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um auch den letzten Jugendlichen in unsere Reihen zu bekommen. Nun muß es möglich sein, immer mehr den Menschen, anstatt den Selbst zum Mittelpunkt der Gesellschaft zu machen.

hat der Jugendleiter sich so alles praktische Wissen angeeignet, stellt er sich die Frage: Wie komme ich nun an den Jugendlichen heran? Wie erfasse ich sein Wesen? Auch hieran hatte die Leitung des Lehrganges ge-

dacht und als Lehrkräfte Regierungsrat Heinrich und Genosse Dr. Haase gewonnen, die auf die Psyche des Jugendlichen und seine seelischen Nöte eingingen. Beide Referenten fanden für ihre Vorträge eine gespannt aufmerkende Zuhörerlichkeit.

Doch auch über künstlerische Ausgestaltung von Werbeabenden und Feierstunden muß der Jugendleiter unterrichtet sein. Vorbedingung dazu ist wohl die Kenntnis der Mittel, die bei solchen Veranstaltungen Verwendung finden können. Die Stunden mit den Genossen Timm, Schönkant und Zimmermann boten eine solche Fülle von Möglichkeiten, daß wohl kein Teilnehmer des Lehrganges mehr in Verlegenheit zu sein braucht, wenn er eine festliche Veranstaltung leiten will.

Genosse Dr. Seelbach beschloß den Lehrgang mit einem Referat über die geistigen Kräfte der Arbeiterbewegung, in dem er die Schüler aufforderte, alles Gehörte in praktischer Arbeit im Geiste des sozialistischen Zukunftsstaates zu verwenden.

Neben der Weiterbildung des Geistes wurde aber auch der Körper nicht vergessen. In den ersten Tagen zeigte der schlafende Gang manches Schülers morgens 7.30 Uhr beim Antritt zur Morgengymnastik im Freien, daß ein tüchtiger 'Rustekater' nur schwer verheimlicht werden konnte; ein Beweis, daß Genosse Leutloff, unser Sportlehrer, seiner Aufgabe, für die körperliche Zusammenarbeit zu sorgen, mit Erfolg nachgekommen war.

Alles in allem ist wohl zu sagen, daß jeder einzelne viel Neues und viel Grundfäßliches aus dem Lehrgang mit nach Hause genommen hat, auf dem er weiterbauen kann, sich und anderen zum Nutzen.

Von dieser Stelle aus nochmals allen Teilnehmern am Jugendleiter-Lehrgang ein herzliches 'Freundchaft!'

Grete Schmalz.

Wanderfahrt der Viersener Jugendgruppe

Der vordere Mann auf dem Bild - es ist nur ein Teilbild - war unser Führer. Er hatte den Führerschein und hatte auch das Fahrgeld bezahlt, ist aber meist hinten nach gelaufen.

Die Führung dieser Wanderung hatten die Dürener übernommen. Ein hohes Lob ihrer Führung, die über die schönsten Wege der Eifel zur Urtsalperre ging und zwei älteren Kollegen - wegen der steilen Wege - einen Hofenboden gekostet hatte.

Einer herzlichen Einladung der Dürener folgend, ist die Tour nach der Urtsalperre unternommen worden. Schon im Vorjahr hatten sich die beiden Gruppen gegenseitige Besuche abgesprochen. Gelegenheit des Eifelwanderfestens wurden beide Verbände getroffen. Am 9. und 10. August waren die Dürener nicht nur Führer, sie waren gleichzeitig auch Gastgeber.

dazu reicht die zahlenmäßige und finanzielle Kraft der Dürener freigeorganisierten Arbeiterklasse noch nicht - so ist es doch ein Heim, das wohnlich eingerichtet ist und allen Zweigen der freigeorganisierten Arbeiterklasse Dürrens Raum zur Beratung ihrer Interessen gibt.

Die Sonntagswanderung war für uns Niederränder, die nur plattes Land haben, großartig. Fahrt bis Heimbach und von da zu Fuß nach der Urtsalperre.

Wir haben nun alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um auch den letzten Jugendlichen in unsere Reihen zu bekommen. Nun muß es möglich sein, immer mehr den Menschen, anstatt den Selbst zum Mittelpunkt der Gesellschaft zu machen.

Proletarischer Jugendtag in Crimmitschau in Sa.

Zum ersten Male in Südwestsachsen haben sich die sozialistische Arbeiterjugend, die Turner- und Gewerkschaftsjugend zusammengesetzt, um am 27. und 28. September 1930 in Crimmitschau einen proletarischen Jugendtag zu veranstalten.

Wer sie ernst nimmt, den verhöhnt sie wer sich läugelt, den verpöndt sie... oh aus Laune; ob aus Angst? Wer ihr ausweicht, den begibt er wer nichts von ihr will, den ehet sie... ich werd' gram, bis ichs begreif!

UNTERHALTUNG UND WISSEN

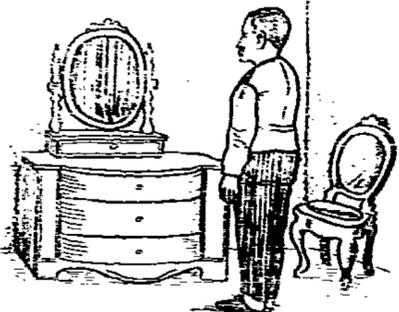
Ernst Preczang: DIE GLÜCKSBUDE

Erzählung

Copyright by „Bühnengilde Gutenberg“, Berlin (1. Fortsetzung)

„Der Herr von dem Namen Blüth, benegte die mit den Tuppen, gute und ichrieh: „Adressat von dem Namen Blüth.“ Dann nahm er eine Karte aus der dargelegten Tasche des Herrn und sagte: „Ja, ja. Es geht's“, nicht dem freundlichen Sprecher zu, noch das Schreiben in seine Tasche stecken und entfernte sich.

Das Schreiben ist gelangte übrigens niemals an sein Ziel, trotzdem der behördliche Apparat in der entsprechenden Bewegung gesetzt und fünf Buch Papier, Strohkiste, verpackt wurden, doch habe man, wie ein Postknecht meldete, „Ihrer noch heute zu werden.“ Inzwischen hand die Hoffnung auf sehr schwachen Füßen, da Jeremias Detektiv hat eine harte Anzahl von Klammern zwischen sich und seine Vaterstadt geleitet. Frau Trude war, noch ein wenig schwach vom Hochfieber, ist an die Ausführung ihres Tages gegangen. Jeremias, von der Hausarbeit nicht, wollte sich um vorläufigen Abwägen und Bewein vertieren; trotz seiner schließlich engherzigen Stimmung suchte er noch immer nach



Die Kinder ganz stolz aus einer besseren Zeit

einem andern Ausweg; aber Frau Trude stellte ihm gewisse Aufgaben, indem sie von ihm die Forderung der zur Glücksbude notwendigen Reparaturen forderte und ihm versicherte, die ersten Schritte zum Verkauf der Möbel zu tun. Dies war ihm ein schwerer Angelegenheit. Da fanden gute Stücke aus einer besseren Zeit, die für mehrere Rentierskinder bestimmt, so zu veräußern an ihm an Herz. Da waren Familienstücke, an denen die Erinnerung lebte. Sie trug ihrer Schlichtheit von vergessenen Geschichten zu ihm sprachen; wenn man sie bewahrt, könnte es in ihnen und aus ihnen seinen Köchern meiste das gelbe Holzwehl. Jeremias konnte sie nicht in fremde Hände geben; er ließ sie in dem, welche ihr alles zur Verfügung, aber nicht zu fordern. Sie schickte ein Koffer mit zwei Kisten und den Möbeln. Die Möbel, die sich von dem Herrn zu finden, lasse ruhig an ihrem Platz sein. Wenn der Herr, hole ich sie mir. Frau Trude sagte mir, du mir über die Rechte geben. Die Sache werde ich in mich berichten lassen. Sie sagte es, warum nicht ihr Jägerwerk meinte. Sie dachte doch, was wäre ganz Eltern gegen werden, wenn sie lebten!

„Und ich, das es Jeremias nachging. „An den Herrn, die ich habe, habe sie uns wieder lassen. Die Sache ist, die ich habe.“ Sie warf den Kopf und den Kopf. Ihre Augen leuchteten auf. „Ich habe sie, die ich habe, und ich habe sie.“ „Ich habe sie, die ich habe, und ich habe sie.“ „Ich habe sie, die ich habe, und ich habe sie.“

„Ich habe sie, die ich habe, und ich habe sie.“ „Ich habe sie, die ich habe, und ich habe sie.“ „Ich habe sie, die ich habe, und ich habe sie.“

„Ich habe sie, die ich habe, und ich habe sie.“ „Ich habe sie, die ich habe, und ich habe sie.“ „Ich habe sie, die ich habe, und ich habe sie.“

Der Alte und der Neue

Siebenunddreißig Jahre war Möllers August in der Weberei von Rairich beschäftigt, hatte gute und schlechte Zeiten gesehen, Revolution und Streiks erlebt und war doch bei alledem der Alte, der Treue, der von allen Beachtet geblieben. Nunmehr tat er sich jedoch im Betriebe Dinge kund, die gingen ihm über die Hutknur und brachten sein altes, ehrliches Gemüt in helle Empörung. Die Firma Rairich war einem Konzern beigetreten. Eine Anzahl Fabrikanten hatte sich zusammengesetzt (alles „schwerreiche Knaben“) die ihre hini Webereien, an die tausend Stühle, zusammen arbeiten ließen, um einesteils Konkurrenzfähig zu bleiben und zum andern der „Streikflut“ der Arbeiterchaft einen wirksamen Dämpfer auflegen zu können.

Sodann hieß die Parole der Zeit: Rationalisierung. Das Wort, aus der Maschine und aus den Menschen herausgeholt, daher Möllers August das Wort „Rationalisierung“ sehr richtig mit „In-fame Ausbeutung“ überlegte.

Dem Betriebe von Rairich wurde ein Herren-föhnchen beigegeben, das ohne Rücksicht und Gewissen rationalisiert. Selbstverständlich trug das Föhnchen eine Intelligenzbrille, denn sonst hätte es ja niemand für voll genommen. Den ersten Tag schlenderte es interessiert von Stuhl zu Stuhl, fragte nach diesem und jenem, wurde aber von den ernst arbeitenden Webern fast gar nicht beachtet. Möllers August schob seine Brille auf die Stirne und meinte zu seinem Nachbar, dem Jupp Feldmann: „Paß op, die Sacke dögt nit, datt Männelen het mel sonnen jennigen Bleed.“

„Wilt doch kommen, walt well“, meinte Feldmann, „die twee sind ault on hant doch bautt ufse Tiet ömm.“

Damit vertieften sich beide wieder in ihre Arbeit. Den zweiten und die folgenden Tage erschien der Herr Diktator im blaueinen Arbeiterdreh, schnüffelte in allen Ecken herum, setzte die Stühle bei Fadenbruch aus, korrigierte an Weben und Meister herum und machte sich so unbeliebt wie nur irgend möglich. Bald stand denn auch die gesamte Belegschaft gegen ihn.

„So ein Individuum!“ meckerte August Pöller. „Weiß niks, kann niks, on well aule, eriahrere Weben datt Weben kearen; datt doch der Deuwel en hol!“

Der Deuwel hatte jedoch etwas anderes zu tun. Des Samstagmittags mußten sämtliche Meister einen um den anderen Stuhl herumsetzen, also, daß zwei Stühle gegenüber standen, und wurde somit ein Stuhl von einem Weben bedient. So hatte nunmehr ein Weben zwei Maschinen am Laufen zu halten. Die dadurch freierwerdenden Arbeiter erhielten den Abfehrchein darunter manche, die über dreißig Jahre ihre Kräfte der Firma gewidmet hatten.

Möllers August lachte vor Rast und brachte es fertig, daß eines Tages sämtliche Weben die Stühle stehen ließen, um den verhassten Reuten zu entfernen.

„O weh!“ Auf die Frage des Textilmagistrats, was denn los sei, wurde ihm vom Obmann die Antwort, daß die Weben mit seinem Tun nicht zufrieden waren und nicht eher wieder arbeiten würden, bis er sich entsetzt hätte und den Betrieb nicht mehr betreten würde.

Sichtlich verlegen antwortete er: „Einen Augenblick, bitte!“ Entsetzte sich und kehrte nach kurzer Zeit mit einem der Direktoren zurück, der folgendes zur Belegschaft sagte: „Der junge Mann ist von uns damit beauftragt worden, den Betrieb zu

nehmen wollte, und packte leise jenseit den Reife-fort.“

Auf der Glücksbude eines gab es eine kleinere Bude als die Lattenbude; aber auch keine, die mit mehr Geschick und Akkuratheit aufgedaut war — an Janens wie im Neuhafen; keine, die ihre Waren vornehmlich gruppiert hatte. Son dem Hauptgewinn, einer Lampe mit geschliffener Glas-



Das neue Gewerbe am Abend müde mit abgepackt

glocke angehängt, bis hinab über die fastmännig gedruckte Karte von hundert Kleinigkeiten zu dem polierten Metallblech und dem gelblichen Seher mit dem schwarzglänzigen Seinen war alles neu und sauber.

Die Leinwand hob sich glänzend aus dem ver-schatteten Raum und brannte der Jalousien her-

rationalisieren. Eine Entfernung des Herrn ist vollständig ausgeschlossen, und wenn der Betrieb in einer halben Stunde nicht wieder in Gang ist, können Sie sich alle als entlassen betrachten.“

„Ja, wie das mir!“ Die kampffrohen Mienen waren wie weg-geblieben.

Keiner entgegnete ein Wort. Das hatte man nicht erwartet. Glaubte man doch festgesetzt, die Direktion hätte von dem Tun und Treiben des so neidigen Jünglings nichts gewußt. Weitab Hupperte ein Webstuhl, bald setzte ein zweiter ein, die ganze Belegschaft verkrümelte sich an ihre Arbeit und zuletzt standen nur der Direktor, der Neue und der Obmann auf dem Plane und redeten miteinander. Zufrieden schmunzelnd gingen die Herren davon, während der Obmann sich hie und da mit den Arbeitern unterhielt.

Woche um Woche wurden nun Stühle gegen einander gestellt und Woche um Woche zog ein Trüppchen Familienväter auf die Straße. Was kümmerte das die Herren?!

Stunzunge Mädchen wurden angelernt und nach kurzer Lehrzeit mit der Bedienung der Stühle betraut. Der Lohn fiel rapide, die Mädchen erhielten noch nicht die Hälfte des früheren Lohnes.

Möllers August war noch immer am Arbeiten. Denn er hatte eine Arbeit, die so leicht nicht von den Mädchen erlernt werden konnte. Doch er suchte nicht mehr, ein dumpfes Brüten war über ihn gekommen und nur, wenn der Gewalthaber an seinem Stuhle stand oder vorüberging, loberte es heiß auf in seinem Blick und seine Züge wurden hart wie Stein. „Datt Männelen“ rationalisierte unterdessen lustig weiter.

Nicht allein Weben, nein, auch eine Anzahl Lehrlinge, die ihre Lehrzeit beendet, flogen aufs Pflaster; der Mohr hatte ja seine Schuldigkeit getan, also, Ja, und nicht nur diese, auch unter den Angestellten räumte das Herrlein gewaltig auf, was blieb, hatte einen Haufen Arbeit zu erledigen. Die Belegschaft schmolz zusammen wie Schaum auf dem Wasser; waren doch in kurzer Zeit über hundert Mann entlassen worden; trotz dem lief der Betrieb wie vorher. Der Neue war michtlich tüchtig in seinem Fach und verstand es, Geld aus dem Unternehmen zu holen. Bald war er stadtbekannt, und besonders die Arbeiterchaft trug ihn in bester Erinnerung. Gar zu gern hätte man dem rücksichtslosen Menschen eine tüchtige Abreibung verabreicht, doch er war sehr vorsichtig und benutzte nur die Hauptstraßen zu seinem Heil. Dann schaute auch jeder die Folgen, denn er einmal am schwarzen Brett gehangen, bekam so leicht im Orte keine Arbeit mehr. Daher wagten die Familienväter sich überhaupt nicht an ihn heran.

Fredy und herrisch war der Gewaltige geworden. Er schauzte die Weberrinnen und Weben an, als ob er Kettenhunde vor sich gehabt hätte. Manche Weberrin zog es vor, sich um andere Arbeit um-zusehen und wandte dem Betriebe, der mehr einem Judthaus gleich, froh den Rücken. Weibliche Hilfskräfte wurden überall gesucht, darum war es für die Mädchen ein leichtes, wieder unter-zukommen.

Anders dagegen war es für die Männer. Diese mußten reiflos Stempel gehen oder sie fielen der Wohlthat zur Last. Das alles brachte die Rationalisierung; dem einen ungeheuren Verdienst und dem andern bitterste Not und Armut.

Endlich hatte auch Möllers August die Karte ab, und da in diesem Artikel keine Bestellungen mehr vorlagen, wurde sein Stuhl stillgelegt. Man beschätzte ihn noch ein paar Tage auf einem andern Stuhl, doch als der Lohntag heranram, erhielt auch er den Abfehrchein. Lotenbleich stand

aus, wenn die alte Mitternachtsfrau einmal aus den Wolken hervortrat, die in fliegenden Fegen hoch oben durch die Lüfte segelten. Ein harter Orkan wühlte dort drängen; hier unten bewegten sich nur mühsig die Bspfel der Straßendäume, und die Fädenbesitzer machten hoffnungsvolle Ge-fächter: die Relektung wechselte, aber das Bene: schien ruhig und stetig. Gegen Mittag, als die ersten Landwinde hereinlanten, kühlte es auf und hielt sich zwei Stunden so. Allmählich wollte das Marktreiben sich entwickeln. Dann aber schob es aus dem Osten in unendlichen grauen Massen herauf, verdrängte die Sonne und deckte den ganzen Himmel. In den Baum-wipfeln begann es zu pfeifen, und die Kronen bogten sich wie unter einer schweren Last. Ein jäher Windstoß fuhr durch die Zelgenassen, rief hier und dort einen Besenwärtzpfel los und schwenkte ihn wie eine Fahne in der Luft. Er hob den Staub von der Straße, wübelte ihn vor sich her und jagte ihn in die Läden. Auf dem plänzenden Spielzeug, auf den blattgeputzten Brettern und Uhrketten, auf Bissertischen, Bänken und roten Zunderbergen lagerte er sich ab.

Jeremias begann zu husten. Er hatte sich tief in eine der kleinen Ecken hinter der Auslage geduckt. Seine Augen reizten gerade über ihre hinterste und höchste Seite hinaus. Unbe-meglich lagen sie auf die Straße; sie erwarteten nichts. Er erhob sich mechanisch, sobald ein Raucher-

er auf dem Büro und frug nach dem Warum seiner Entlassung. Lachend entgegnete ihm das Kapitalistenföhnchen: „Weil wir keine Arbeit mehr für Sie haben.“

Jornfunkteln schleuderte ihm August ins Gesicht: „Die haben Sie schön, Sie verdammter Schuit, der sie so viele Familien ins Unglück gebracht haben, Sie wollen nur den Männerlohn nicht bezahlen, weil die Frauen es billiger machen.“

„Hinaus mit Ihnen!“ schrie ihn der Junge an. „verlassen Sie sofort die Fabrik oder ich hole Polizei!“

Doch schon sah ihm Möllers August an der Kehle und gab dem brutalen Hinaus-schmeißer dermaßen eine Maulschelle, daß seine Brille über das Pust hinweg in die Ecke flog.

„So“, sagte dann August, „wenn jeder ent-lassene Arbeiter daselbe getan hätte, dann ständen Sie nicht mehr hier; nun legen Sie mich getrost auf das schwarze Brett, denn ich denke, ich habe mich lange genug für euch Schubiats gequält.“ Damit ging er, mit sich selbst und der Welt zu-frieden, stolz erhobenen Hauptes zur Tür hinaus. Otto Reich.

Zwei Minuten Lachen

Er kann sich's leisten.

„Sie sehen reichlich gut aus für einen Bettler!“ „Ja, Madame, alle ihre Nachbarn sind sehr freigebig.“

Kompliment

Dame des Hauses zu einem Gast: „Wie wenig Appetit Sie haben, Herr Williams.“

Williams (bemüht, der Dame ein Kompliment zu machen): „Ja, gnädige Frau, wenn man in Ihrer Nähe sitzt, kann jeder den Appetit verlieren!“

Es ist ihm leichter.

Frank: „Ist es dir nicht leichter, seitdem deine Tochter verheiratet ist?“

Müller: „Ja, um 10 000 leichter!“

Rauchen verboten.

In einer großen Brauerei war überall ange-schrieben:

„Rauchen verboten!“

Eines Tages inspizierte der Direktor und sah, daß ein Arbeiter rauchte. Er machte ihn darauf aufmerksam, daß dies nicht erlaubt sei, und fragte nach seinem Lohn.

„Ich verdiene 55 Mark die Woche“, antwortete der Missetäter.

„Hier ist ein Wochenlohn, und nun gehen Sie auf der Stelle!“

Eine Stunde später kam der Direktor nochmals zurück und sah den Mann immer noch dort.

„Was tun Sie noch hier?“ fuhr ihn der Di- rektor an.

„Habe ich Ihnen nicht gesagt, daß Sie auf der Stelle gehen sollen?“

„Es tut mir leid, Herr, aber Sie können mich nicht entlassen, denn ich arbeite für das Wasser-wert hier.“

Der Fremdenführer.

„Sie müssen warten“, sagte der Führer, „ich kann Ihnen jetzt nicht das Museum zeigen, Rauchen ist nicht gestattet!“

„Aber... wir rauchen ja gar nicht“, ent- gegnete der Besucher.

„Aber ich“, antwortete prompt der Führer.

Liebesheirat.

„Du erzählst mir, daß du im Begriffe stehst eine Frau mit 100 000 Mark zu heiraten, und willst mir einreden, es sei eines Liebesheirat!“ „Ja — das ist es auch — ich liebe Geld.“

gehender vor keinem Stand verharrete, und fand ebenso automatisch wieder auf seinen Sitz, wenn der Reugierige sich entfernte, ohne überhaupt in die Tasche gegriffen zu haben.

Frau Trude, die drüben im engen Gasthof-zimmer den kleinen Jeremi hütete, kam, als dieser einmal eingeschlummert war, schnell herüber-



Gegen Mittag, als die ersten Landwinde hereinlanten

gesprungen, um zu erfahren, wie das Geschäft sich anlaufe.

Drei haben gewürfelt. Zwei hatten Glück. Der dritte hat geschimpft, weil er verlor. Es genge nicht mit rechten Dingen zu, behauptete er.

(Fortsetzung folgt)